

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hildegard Hamm-Brücher

Wege in die und Wege aus der Politik(er)verdrossenheit

Claus Leggewie

Die Kritik der Politischen Klasse
und die Bürgergesellschaft

Warnfried Dettling

Parteien im eigenen Saft? Von der Krise zur Reform

Wolfgang Thierse

Politik- und Parteienverdrossenheit:
Modeworte behindern berechtigte Kritik

Christoph Böhr

An der Schwelle zu einer neuen Epoche
Die Vision der Verantwortungsgesellschaft

Friedrich Schorlemmer

Die Krise der Politik als Krise des Menschen

B 31/93

30. Juli 1993

Hildegard Hamm-Brücher, Dr. rer. nat., Dr. h. c., geb. 1921; seit 1948 in parlamentarischen und politischen Ämtern; Stadträtin, Landtags- und Bundestagsabgeordnete bis 1991; 1970–1976 Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium; 1969–1972 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Dezember 1976–September 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt; Gründerin und Sprecherin der „Interfraktionellen Initiative Parlamentsreform“ 1984–1990.

Veröffentlichungen u. a.: Der Politiker und sein Gewissen, München 1983; Kämpfen für eine demokratische Kultur, München 1986; Der freie Volksvertreter – eine Legende?, München 1990; Wider die Selbstgerechtigkeit, München 1991.

Claus Leggewie, Dr. disc. pol., geb. 1950; Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte in Köln und Paris; Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Publizist.

Veröffentlichungen zuletzt: Multikulti: Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin 1993³; Alhambra. Der Islam im Westen, Reinbek 1993; Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993.

Warnfried Dettling, Dr. phil., M.A., geb. 1943; Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie, der Klassischen Philologie und der Philosophie in Würzburg, Freiburg i. Brsg. und London; von 1973 bis 1983 zunächst Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle; von 1983 bis 1991 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; jetzt freier Publizist („DIE ZEIT“) in München.

Veröffentlichungen u. a.: Die neue soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, München 1977²; (zus. mit Guy Kirsch/Klaus Mackscheidt/Philipp Herder-Dorneich) Jenseits von Markt und Macht. Eine Ordnung für den Menschen, Baden-Baden 1981; Deutsche Parteien im Wandel – Eine Bestandsaufnahme, München 1983; Demokratie in Gewerkschaften – Gewerkschaften in der Demokratie. Die Verteilung der Macht zwischen Mitgliedern und Funktionären, München 1983.

Wolfgang Thierse, geb. 1943; Studium der Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1975–1976 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR; danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, im Zentralinstitut für Literaturgeschichte; Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum; Januar 1990 Eintritt in die SPD; Vorsitzender des Bezirksparteirates der SPD/DDR, Juni bis September 1990 Vorsitzender der SPD; Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990; Mitglied des Bundestages seit 3. Oktober 1990; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Veröffentlichungen u. a.: Mit eigener Stimme sprechen, München 1992; (Hrsg. zus. mit Michael Müller) Deutsche Ansichten. Die Republik im Übergang, Bonn 1992; Von den Ursachen rechtsextremer Jugendgewalt in Ostdeutschland, in: Hubertus Heil/Muzaffer Perik/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.), Jugend und Gewalt, Marburg 1993.

Christoph Böhr, geb. 1954; Abgeordneter im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Veröffentlichungen u. a.: (Koautor) Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung. Zu den Beratungen und Ergebnissen der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“, Baden-Baden, 1986²; Liberalismus und Minimalismus. Kritische Anmerkungen zur philosophischen und politischen Entfaltung einer zeitgenössischen Minimalstaatskonzeption, Heidelberg 1985; (Hrsg.) Leben mit der Technik, Krefeld 1985; (Hrsg.) Jugend bewegt Politik, Krefeld 1988; zahlreiche Aufsätze zur Philosophie und Theorie der Politik.

Friedrich Schorlemmer, geb. 1944; Studium der Theologie in Halle; von 1978–1992 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schloßkirche in Wittenberg; seit Anfang der siebziger Jahre engagiert in der Friedens- und Umweltbewegung der DDR; 1989 Auszeichnung mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte; seit Mai 1990 SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament von Wittenberg; seit März 1992 Studienleiter an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt; Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission und des P.E.N.; Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1993.

Veröffentlichungen u. a.: Träume und Alpträume. Einmischungen 1982–1990, Berlin 1990; Olle DDR. Eine Welt von gestern, Berlin 1990; Bis alle Mauern fallen – Texte aus einem verschwundenen Land, Berlin 1991; Wittenberg – Bildband, Halle 1991; Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992; Versöhnung in der Wahrheit. Vorschläge und Nachschläge eines Ostdeutschen, München 1992; Freiheit als Einsicht. Bausteine für die Einheit, München 1993 (erscheint im September).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Wege in die und Wege aus der Politik(er)verdrossenheit

Von der Zuschauerdemokratie zur demokratischen Bürgergesellschaft

I. Vorbemerkungen

Dreieinhalb Jahre nach der Öffnung der Mauer befindet sich unsere Demokratie in keiner guten Verfassung, und dies in zweierlei Hinsicht: einmal wegen des unbefriedigenden Verlaufs der öffentlichen Diskussion über die Notwendigkeit einer allen Deutschen gemeinsamen *Verfassung*, und zum anderen wegen jenes diffusen Zustands der Gesellschaft, der mit dem „Wort des Jahres“ 1992 als „*Politikverdrossenheit*“ nur unzulänglich umschrieben ist. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Mischung aus Enttäuschung, Resignation, Ohnmachts- und Denkmittel-(Res)sentiments, die keineswegs nur an Stammtischen, vielmehr unter immer mehr engagierten Demokraten die Runde machen.

Es besteht für mich kein Zweifel daran, daß sich Deutschland und -Leute nicht nur in einer tiefen wirtschaftlichen Rezession, sondern auch in einem Demokratietief befinden, dessen Ursachen zwar immer wieder erörtert, in ihrer komplizierten Vernetzung aber noch kaum gedeutet wurden. Dies wäre jedoch die Voraussetzung für eine Überwindung des Teufelskreises wechselseitiger Verdrossenheit, Entfremdung und Abkehr.

Leider ist ein solcher umfassender und neuer Ansatz bisher nicht in Sicht. Nach dem jähen Ende unserer auf Wachstum und Wohlstand gegründeten Schönwetter-Demokratie herrscht bei allen Verantwortlichen Rat- und Tatlosigkeit. Dagegen anzuschreiben – selbst wenn man sich dabei wiederholt – erscheint mir dringend geboten¹. Noch dringender ist es allerdings, dagegen *anzugehen*, bevor Politikverdrossenheit zur Demokratieverdrossenheit eskaliert².

1 Vgl. Hildegard Hamm-Brücher, Bürgergesellschaft versus Parteiendemokratie. Damit unsere Verfassungswirklichkeit wieder verfassungskonform wird, in: Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hrsg.), Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt am Main 1992, S. 187–197; dies., Bürgergesellschaft versus Parteienherrschaft, in: Hans Wallow (Hrsg.), Die verdrossene Gesellschaft, Düsseldorf 1993.

2 Vgl. u. a. dies., Von der Zuschauerdemokratie zur Bürgergesellschaft. Die Initiatorin der „Aktion Verfassung '93“

II. Zu den Ursachen der Politik(er)verdrossenheit

1. Reglementierung, Bürokratisierung und Verkrustung des parlamentarischen Alltags

Als ich mich vor etwa zehn Jahren im Deutschen Bundestag für innerparlamentarische Reformen zu engagieren begann, geschah dies zunächst aus Frust über die geradezu unvorstellbare Reglementierung, Bürokratisierung und Verkrustung des parlamentarischen Alltags. Damals waren es vergleichsweise vordergründige Ärgernisse, die eine kleine Gruppe von Abgeordneten Anfang 1984 in der „*Interfraktionellen Initiative Parlamentsreform*“ zusammenführte: Wir wollten die Rechte des Parlaments und des einzelnen Abgeordneten gegenüber der Exekutive stärken, unsere Ohnmachtsgefühle im Räderwerk des Parlamentsbetriebs überwinden, die sterilen Debatten durch freie Interventionen beleben usw. usw. Hierzu machten wir zahlreiche Vorschläge und drangen mit immer neuen Vorstößen auf deren Realisierung. Trotz oft frustrierender und vergeblicher Anläufe gegen die Wände allmächtiger Fraktionshierarchien und Bundestags-Bürokratien gelang es uns im Laufe der Jahre, einige wenige äußere Verbesserungen durchzusetzen³.

2. Die tieferliegenden Ursachen für Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit

Im Laufe unserer Bemühungen entdeckte ich aber noch etwas anderes: Es wurde mir klar, daß es für die nachlassende Funktionsfähigkeit in den Abläufen parlamentarischer und demokratischer Verfahren noch weit tiefere Ursachen und Zusammenhänge geben müßte als eine restriktive Geschäftsordnung und die Ohnmacht des einzelnen Volksvertreters. Diese Ursachen entdeckte ich *erstens* in der oft geradezu grotesken Diskrepanz

ruft dazu auf, die übermächtig gewordenen Parteien in die Schranken zu weisen, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 1993.

3 Die ganze Leidensgeschichte der „Parlamentsreform von unten“ habe ich in einem Buch „Der freie Volksvertreter – Eine Legende?“ (München 1990) dokumentiert.

zwischen Buchstaben und Geist unserer Verfassung und der politisch/parlamentarischen Wirklichkeit und *zweitens* in den Deformationen des Kreislaufs zwischen demokratischer Machtenteilung/Machtverteilung und Machtbalance durch Kontrolle und Korrektur, zwischen Exekutive und Legislative – zwischen Parteienherrschaft und demokratischer Bürgerbeteiligung.

Überall fehlt es an „checks and balances“ – wie die Angelsachsen diese Grundbedingungen einer funktionsfähigen parlamentarischen Demokratie nennen. Angesichts dieser fundamentalen Defizite und Fehlentwicklungen mußte unsere damalige Abgeordneten-Initiative scheitern.

3. Das Syndrom „Politikverdrossenheit“ als Ausdruck einer schleichenden Akzeptanzkrise unserer Parteiendemokratie

Heute – fast drei Jahre nach dem Abschluß der „Initiative Parlamentsreform“ – habe ich keinen Zweifel, daß es diese Funktionsstörungen sind, die – zunächst nur für „Insider“ erkennbar – nun offenbar geworden sind und in unserer demokratischen Wirklichkeit zu einer krisenhaften Entwicklung geführt haben. Viele meiner damaligen, überwiegend parlamentsinternen Erkenntnisse und Besorgnisse sind heute so offenkundig geworden, daß sie – zum Syndrom „Politikverdrossenheit“ verkürzt – im öffentlichen Bewußtsein zu tiefen Einbrüchen in das Ansehen und in die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Ordnung geführt haben.

„Politikverdrossenheit“ ist zum (Un)Wort des Jahres 1992 geworden. Eine veritable Akzeptanzkrise unserer so genannten Parteiendemokratie liegt in der Luft, wie Umfragen und Wahlergebnisse immer alarmierender signalisieren.

4. Akzeptanzkrise der Parteiendemokratie darf nicht zur Demokratiekrise werden

Das alles läßt sich nicht länger bagatellisieren. Es wird vielmehr höchste Zeit, nach konkreten Wegen aus der schwelenden Akzeptanzkrise zu suchen. Bevor dies jedoch gelingen kann, müssen wir den tieferen Ursachen und Zusammenhängen dieser besorgniserregenden Symptome auf den Grund gehen.

Andernfalls könnte aus Politik- und Parteienverdrossenheit, aus Vertrauens- und Ansehensverlusten, aus unaufgearbeiteten und folgenlosen Affären und Skandalen eine veritable Demokratiekrise entstehen, ähnlich der, die Ende der zwanziger Jahre zum ruhmlosen Ende der ersten deutschen Republik geführt hat.

Das aber darf sich nicht – auch nicht in Ansätzen – wiederholen, und deshalb ist es höchste Zeit, der noch schleichenden Krise nicht länger tatenlos zuzusehen, sondern ihr durch Nachdenken und tätiges Handeln zu begegnen.

5. Die Diskrepanz zwischen Buchstaben und Geist unserer Verfassung und der politisch-parlamentarischen Wirklichkeit: erste Ursachen für Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit

a) Deformation der im Grundgesetz vorgeschriebenen demokratischen Bestimmungen und Abläufe

Vor allem möchte ich vor der Illusion warnen, daß sich die Wogen der Kritik und Entfremdung schon „von alleine“ legen werden: *Es handelt sich nicht um vordergründige Ärgernisse, sondern – wie schon beschrieben – um gravierende Deformationen und Funktionsstörungen im Kreislauf des parlamentarisch-repräsentativen Systems unserer Demokratie.* Darunter verstehe ich die Deformation der im Grundgesetz vorgeschriebenen demokratischen Bestimmungen und Abläufe in unserer Verfassungswirklichkeit. Sie beginnt mit dem in der Realität verkümmerten und verkürzten Artikel 20 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt“, setzt sich im extrem und skrupellos überinterpretierten Artikel 21 „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit...“ fort und kulminiert in jenem bis zum Zynismus mißachteten Artikel 38, der am Anfang des Verfassungskapitels über den Bundestag steht: „... Der Abgeordnete ist Vertreter des ganzen Volkes. Er ist an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen.“

Diese von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes sinnvoll und abgewogen konzipierten Einzelbestimmungen, die zusammengefügt den Kreislauf unserer gelebten Verfassung vorzeichnen, sind – im Ergebnis ihrer beinahe willkürlich praktizierten Anwendung – in sich und in ihren Bezügen zueinander zutiefst gestört, ja zerstört:

1. Die „Staatsgewalt des Volkes“ erschöpft sich alle vier Jahre im Ankreuzen unveränderbarer Kandidatenlisten, die parteiintern von Parteifunktionären aufgestellt wurden. Die Auswahl unter Bewerbern aus der gewählten Partei ist nicht möglich. Damit ist die „Ausübung aller Staatsgewalt“ für vier Jahre beendet. Eine weitere Beteiligung an der Willensbildung gibt es nicht – abgesehen vom „Petitionsrecht“ des Bürgers, das zwar in Artikel 17 Grundgesetz garantiert, in der parlamentarischen Praxis aber zu einem bürokratischen Verfahren verkümmert ist.

2. Aus der „Mitwirkung“ der Parteien ist die Inbesitznahme aller Staatsgewalt, unkontrollierte Ämterpatronage und „Selbstbedienung“ (der Parteien, Fraktionen, Abgeordneten und öffentlicher Positionen) geworden. Sie haben sich „den Staat zur Beute gemacht“ – wie Richard von Weizsäcker lange vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten freimütig festgestellt hat. Und neuerlich hat er hinzugefügt: Die Parteien kontrollieren alles, wer aber kontrolliert die Parteien?

3. Aus den Volksvertretungen als „Erster Gewalt“ im demokratischen Staat ist im Laufe der Jahrzehnte eine (mehr oder weniger) nachgeordnete Dienststelle von Parteizentralen und Regierungen geworden, aus dem Volksvertreter ein Partei- und Fraktionsfunktionär, der strikt an „Aufträge und Weisungen“ gebunden ist. Von seinem „freien Mandat“ kann – selbst in Sonntagsreden – nicht mehr gesprochen werden, ohne Hohngelächter oder Protest zu ernten. Die Diskrepanz im Reden, Handeln und Verhalten der Politiker ist so kraß geworden, daß man ihnen einfach nichts mehr glaubt. Hierzu verweise ich noch einmal auf meinen Bericht über die Reformbemühungen im Deutschen Bundestag 1984 bis 1990.

b) *Überwindung der Krise durch Wahlrechts- und Parlamentsreformen sowie durch mehr Demokratie „von unten“*

Diese drei im Grundgesetz vorgeschriebenen „Eckwerte“ demokratischer Verfahren und Abläufe sind also im Laufe der Jahrzehnte in der Verfassungswirklichkeit so total deformiert worden, daß sie ständige „Kreislaufstörungen“ im politisch-parlamentarischen System zur Folge hatten, die wiederum Glaubwürdigkeit zerstört haben und schließlich zur grassierenden „Politikverdrossenheit“ eskaliert sind.

Meine Prognose lautet: Solange der Kreislauf zwischen demokratischer Machtenteilung/Machtverteilung und Machtbalance durch Kontrolle und Korrektur nicht ins Lot gebracht, neu belebt und wieder funktionsfähig gemacht wird, kann die Krise nicht überwunden werden, wird es kein neues Vertrauen zwischen Wählern und Gewählten geben und hat demzufolge die repräsentative Parteiendemokratie keine Zukunft.

Zur Erneuerung dieses Kreislaufes sind Wahlrechts- und innere Parlamentsreformen, wie sie bisher vergeblich versucht wurden, ebenso unerläßlich wie die Einführung partizipatorischer Rechte der Bürger und eine spürbare Stärkung ihrer Petitions- und Mitwirkungsrechte zwischen den Wahlen.

6. Deformation des Kreislaufes zwischen Parteienherrschaft und demokratischer Bürgerbeteiligung: zweite Ursache für Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit

Die zweite Ursache, die zum Vertrauensverlust und zur Politikverdrossenheit geführt hat, ist eine Folge der ersten: Es ist dies die nicht mehr erkennbare *Teilung der Gewalten* im demokratischen Staat mit der Folge, daß sich die Macht- und Entscheidungszentren von den hierfür in der Verfassung vorgesehenen Gremien (Parlamente, Kabinette, Exekutive) in „Elefantenrunden“, Küchenkabinette und Geheimzirkel verlagern. Deshalb ist es vordringlich, dies zu ändern. So dürfte beispielsweise ein Vertreter der Legislative nicht *gleichzeitig* ein Regierungsamt ausüben, doppelt besoldet werden, über seine eigenen Bezüge abstimmen usw.

Die bisherige Praxis hat zur Folge, daß die demokratischen Kontroll-, Initiativ- und Mitwirkungsrechte der hierfür eigentlich zuständigen Institutionen und Personen nur unzulänglich ausgeübt werden, ja oft sogar außer Kraft gesetzt sind, daß Parlamentsdebatten zu reglementierten Deklamationen und zum Schlagabtausch verkommen, Abstimmungen zur Farce werden. Wehe dem Abgeordneten, dessen Gewissen „beim Reden und Handeln, bei Wahlen und Abstimmungen“ (Art. 38 GG) von der Fraktionsorder abweicht. Er hat keine Zukunft.

Hauptverursacher der schwelenden Vertrauens- und Akzeptanzkrise zwischen Bürgern und demokratischen Institutionen sind zweifellos die politischen *Parteien* bzw. ihre – weit über ihren Verfassungsauftrag hinaus – angemessene Allmacht in der Verfassungswirklichkeit. Mit weniger als vier Prozent der Wahlbevölkerung als Mitglieder repräsentieren sie quantitativ und qualitativ nur einen Bruchteil des Volkes, nehmen jedoch das ganze demokratische Spektrum in Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit in Beschlag. Sechs Mal hat ihnen das Bundesverfassungsgericht schwere Verstöße bei der Selbstfinanzierung ins Stammbuch geschrieben. Vor allem aber: Ihre Repräsentanten leben zu wenig vor, was für das Gedeihen jeder demokratischen Kultur unverzichtbar ist: Verfassungstreue, auch und vor allem in eigener Sache, Fairness und Toleranz, Glaubwürdigkeit im Reden, Handeln und eigenen Verhalten.

Über aller berechtigten Parteienkritik darf jedoch nie vergessen werden, daß demokratische Parteien für unser repräsentatives System unverzichtbar sind.

III. Von der Zuschauerdemokratie zur demokratischen Bürgergesellschaft

Der Befund der Innenansicht unserer Verfassungswirklichkeit kann also nicht besonders optimistisch stimmen. Dennoch darf uns dies nicht zur Resignation verleiten. Vielmehr stellt sich die dringliche Frage, wie der überfällige Erneuerungsprozeß in Gang gesetzt werden kann.

Das gelänge natürlich am ehesten, wenn alle Beteiligten und Betroffenen – Bürger, Parteien und demokratische Institutionen – zu der Einsicht kämen, daß gegenseitige Schuldzuweisungen nicht weiterführen, daß es vielmehr *gemeinsamer* Anstrengungen – bildlich gesprochen: der Runden Tische bedarf, an denen sich Bürger und ihre derzeit ungeliebten, oft kaum noch respektierten Repräsentanten zusammenfinden. Das aber ist leichter gesagt als getan, denn es setzte einmal die Einsicht in den Ernst der Lage und in das Ausmaß der Akzeptanzkrise voraus, und zum anderen erforderte es einen Grundkonsens über allfällige Konsequenzen.

Da beides derzeit nicht in Sicht ist, plädiere ich dafür, daß die Anstöße hierzu von unabhängigen Bürgern aller demokratischen Richtungen kommen, von Bürgern, die es nicht mit Verdruß und Verdrossenheit, mit Schuldzuweisungen und Lamentieren bewenden lassen wollen, sondern aus eigener Kraft und Einsicht Initiativen zur Abhilfe ergreifen und neue Formen ihrer Durchsetzung entwickeln.

Auf diese Weise könnte die Vision einer *demokratischen Bürgergesellschaft* – wie sie beispielsweise Richard von Weizsäcker beschworen hat – zur Realität werden. Angesichts der realen Macht- bzw. Ohnmachtsverhältnisse zwischen Parteien und Bürgern mag das zunächst wie ein David-Goliath-Kampf erscheinen. Dennoch muß er gewagt werden.

Erste Ansatzpunkte zur Einmischung der Bürgergesellschaft gibt es bereits. So hat sich zum Beispiel in München eine BÜRGERAKTION VERFASSUNG 93: WIR MISCHEN UNS EIN gebildet: Sie wird zum einen versuchen, den Fehlentwicklungen und Versäumnissen der Parteiendemokratie Paroli zu bieten und der gelebten und erlebbaren Verfassung neue Schubkräfte zu verleihen. Zum anderen bereitet sie, im Vorfeld des Super-Wahljahres 1994, konkrete Aktionen zur Befragung von Kandidaten und zur Begrenzung der Wahlkampfkosten vor. Dafür sucht sie nach Bündnispartnern bei Verantwortlichen in Parteien und Organisationen – vor allem bei Presse und sonstigen Massenmedien – und hofft, daß ihre Aktionen auch in anderen Städten Schule machen.

Auf jeden Fall müssen wir von der „Zuschauerdemokratie“ Abschied nehmen, uns einmischen, wenn nötig Druck machen. Erst dann und nur dann wird die Vision von der demokratischen Bürgergesellschaft wirklich Gestalt annehmen.

Sicher wird dieser Weg von der Zuschauerdemokratie zur demokratischen Bürgergesellschaft kein Sonntagsspaziergang auf ebener Straße sein; vor uns liegt vielmehr ein langer und steiniger Weg. Er muß beschritten werden, wenn wir unsere demokratische Ordnung erhalten, festigen und künftigen Generationen anvertrauen wollen.

Die Kritik der Politischen Klasse und die Bürgergesellschaft

Muß die Bundesrepublik neugegründet werden?

I. Vorbemerkungen

Zur Kritik der Politischen Klasse gehören immer zwei: politische Eliten, die in schlechter, bisweilen erbärmlicher Verfassung sind, und eine Gesellschaft, die sich das bieten läßt und nur in mäkelnde, oft selbstgerechte „Politikverdrossenheit“ verfällt: Deutschland, wie es jammert und schimpft – wir verdrießen uns noch zu Tode. Die Malaise der „siegreichen“ westlichen Demokratien nimmt letale Züge an. Die Massentrübsinnigkeiten von Politikern aller Couleur hinterlassen den Eindruck eines geradezu „bananenrepublikanischen“ Chaos; wie hochbedeutsame Reform- und Sanierungsvorhaben (von der Pflegeversicherung bis zum Solidarpakt) angepackt und abgewickelt werden, nährt den Verdacht „massiver Schwerregierbarkeit“ (Wilhelm Hennis).

Wenn alle Ausreden und Fluchten ins Private nicht mehr helfen, fällt der Blick auf „die Gesellschaft“ – und zwar als eine zivile Gesellschaft aktiver Bürger. Das vielbeschworene Orientierungsvakuum, das die (großen) Parteien offengelassen haben, müssen intermediäre Instanzen der Bürgergesellschaft füllen, bevor endgültig die Stunde der Populisten und starken Männer schlägt. Effizienz, Repräsentativität und Legitimität der parlamentarischen Demokratie können nicht allein von oben, von seiten der politischen Eliten, wiederhergestellt werden; die auf bloßes Zuschauen und prompte Bedienung eingestellte Bürgerschaft muß vielmehr selbst an der Rekonstruktion des Gemeinwesens interessiert und beteiligt sein¹. Im Zusammenfließen von Selbstreform und aktivem Bürgertum liegt der Schlüssel für einen *Neuanfang* des politischen Systems, das der 1989 erfolgten und erlebten Zäsur angemessen wäre.

1 Bill Clinton hat während der Präsidentschaftskampagne 1992 den von John F. Kennedy stammenden, verfassungspatriotischen Ausspruch rehabilitiert: „Frage nicht nur, was dein Land für dich tun kann. Frage auch, was du für dein Land tun kannst.“

Ich skizziere im folgenden zunächst diese Idee der *Neugründung* vor dem Hintergrund des fälligen politischen Generationswechsels, frage nach den Selbstheilungskräften des (west)deutschen Parteienstaates und versuche – nach einem Exkurs über die historische Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie – eine Verbindung zwischen diesem vielgescholtenen Parteienstaat und der „Bürgergesellschaft“ herzustellen.

II. Auf dem Weg zur dritten deutschen Republik

Es ist heute für uns kaum noch nachvollziehbar, welch großen Wert die römische Republik auf die Heiligkeit und Unumstößlichkeit ihrer *Gründung* gelegt hat, „und zwar in dem Sinne, daß das, was einmal gegründet ist, bindend bleibt für alle künftigen Generationen“². Unser Befremden schließt diese emphatische Bezugnahme Hannah Arendts auf die antike Tradition ein, die man als Ausdruck eines bloß verfallstheoretischen Durchgangs durch die politische Ideengeschichte oder auch als quasi-religiöse Überhöhung der modernen Republik mißverstehen könnte. In Wahrheit wandte sie sich gegen das herrschende neuzeitliche Verständnis der Gründung politischer Gemeinwesen von Thomas Hobbes bis Carl Schmitt. Im Staats- und Gesellschaftsmodell des *Leviathan* (oder des „bürokratischen Anstaltsstaates“ nach Max Weber) inauguriert der vertragliche Gründungsakt die faktische Unterwerfung der Privatpersonen unter eine ihnen äußere Gewalt, die sich anfangs im Gottesgnadentum, später im Machtapparat des Nationalstaates verkörperte und auf einer klaren oder impliziten Bestimmung des (äußeren und inneren) „Feindes“ beruhte.

Dem steht nun ein „ziviler“ Politik- und Staatsbegriff gegenüber: Nur sich als Gleiche anerken-

2 Hannah Arendt, Was ist Autorität?, in: Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart, Frankfurt am Main o. J. (1957), S. 117–168, hier S. 152 (eine Vorstudie zu: Über die Revolution, München 1965).

nende Bürger können sich in einem revolutionären Akt zur Gründung einer *res publica* und zur Konstitution einer verfassungsmäßigen Ordnung zusammenschließen, und diese kann nur noch in einem profanen, also verfassungspatriotischen Sinne „Heiligkeit“ in Anspruch nehmen. Je stärker der durch und durch weltliche Gründungsakt im Bewußtsein der Nachgeborenen bleibt, desto weniger muß das demokratische Gemeinwesen auf eine äußere, transzendente Grundlage zurückgeführt werden und kann es die extranormalen Voraussetzungen seiner selbst aus sich selbst heraus schaffen³.

Säkulare Gemeinwesen müssen also vor allem drei Probleme lösen: *Erstens* müssen sie die Primärenergie ihres „revolutionären Urknalls“ (Helmut Dubiel) institutionell auf Dauer setzen und regenerieren. *Zweitens* müssen sie das Phänomen der „inneren Einwanderung“ bewältigen, also die mögliche Entfremdung jeder nachwachsenden Generation von der etablierten politischen Ordnung bedenken und den legitimen Dissens der „Neuen“ zu deren Ausgestaltung nutzen. Hinzu kommt *drittens* in einer offenen, weitgehend mobilen Weltgesellschaft das Problem der äußeren Einwanderung, also der nicht mehr einfach vorauszusetzenden Zustimmungsbereitschaft von (und auch zu) Bürgern „fremder“ Herkunft und Weltanschauung⁴. Es ist anzunehmen, daß ein republikanisches Gemeinwesen dazu besser in der Lage ist, dessen Gründungsakt selbst bereits eine Aggregation ethnisch, kulturell und religiös verschiedener Gruppen besiegelte, wie es beim Römischen Reich und der amerikanischen Republik der Fall war.

Aus der Perspektive einer „deutschen Nation von Einwanderern“ wirkt die Thematisierung des Gründungsmotivs nicht mehr so anachronistisch und abwegig: Die Bundesrepublik befindet sich seit 1989 in einer Phase potentieller Neu-Gründung, die sich ihrer historisch jungen, im Anschluß an die politische Kultur des Westens aber bereits klassischen Tradition vergewissert, zugleich aber der inneren und äußeren Einwanderung Rechnung tragen muß. 16 Millionen Ostdeutsche kann man nicht wie dumme Nachhilfesöhne einer erfolgreichen Demokratie „anschießen“, und knapp sieben Millionen Einwanderer lassen sich nicht als passive Manövrierarmee einer bewährten Sozialverwal-

tung überantworten. Es war eine irri-ge Annahme, man könne der „Berliner Republik“ *in spe* Legitimität allein durch einen staatsrechtlichen Akt der Vereinigung mit anschließender Rechts- bzw. Verwaltungsharmonisierung verleihen, welcher die Wirkung des staatlichen Gewaltmonopols auf fünf neue Bundesländer ausdehnt. Stillschweigend versetzte man damit die „neue Bundesrepublik“ in die Tradition des ebensowenig zivilgesellschaftlich begründeten Deutschen Reiches von 1871 zurück. Die „Erweiterung“ der Bundesrepublik wird von ihren führenden Akteuren einzig mit dem günstigen „historischen Augenblick“ am Ende des Ost-West-Konflikts gerechtfertigt, genau wie dies bei der Bismarckschen Reichsgründung der Fall war. Die Arbeit der „Verfassungskommission“, die fast hinter verschlossenen Türen geschah und durch die Parteipolitik an der kurzen Leine gehalten wurde, ging von dem Axiom aus, man könne nach 1989 am besten weiter so verfahren wie bisher. Aber nicht allein das „Staatsziel“ der DDR ist erfüllt, das wesentlich in der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit Polen bestand (und weniger in der Errichtung einer zweiten, sozialistischen deutschen Nation). Auch die „alte“ Bundesrepublik hat mit der Westintegration (bis hin zum Maas-trichter Vertragswerk) und den Ostverträgen (bis hin zu den Grenzverträgen mit Polen und der Tschechischen Republik) ihre „historische Mission“ erfüllt. Deutschland ist jetzt ein „ganz normaler“ Nationalstaat – und Republik.

Auf die (von den Siegermächten) glücklich verordnete Gründung der Bundesrepublik 1948/49 und ihre ebenso glücklich verfehlt innere Nachgründung 1967/68 droht nun aber eine vertane Neugründung zu folgen⁵. Der Charakter der 1989 erfolgten Umwälzung, der man im Westen wie auch im Osten längst die revolutionäre Qualität abgesprochen hat, bleibt unbewußt. Dies hat mit der eiligen, für kontinentale Revolutionen typischen Konzentration der Akteure auf die Verbesserung ihrer sozialen Lage sowie mit dem westdeutschen Ethnozentrismus der öffentlichen Meinung zu tun (wozu übrigens konservativ gewordene Akteure der 68er-Generation maßgeblich beitragen). Die Um-Gründung der „Bonner“ zur „Berliner Republik“ darf sich nicht in der Erfüllung einer erneut „verspäteten Nation“ erschöpfen und ebensowenig mit der inneren und äußeren Anpassung des ökonomisch fundierten Provisoriums des notorischen „Export-Weltmeisters“ an die Bedingungen einer

3 Vgl. den bekannten Aufsatz von Ernst-Wolfgang Bökkenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Staat, Gesellschaft, Freiheit, Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1976, S. 42–61.

4 Vgl. Claus Leggewie, Vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik – und nicht zurück, in: F. Balke u. a. (Hrsg.), Fremd ist der Fremde nur in der Fremde, Frankfurt am Main 1993, S. 3 ff.

5 In diesem Sinne kann die kurze Geschichte der Bundesrepublik als eine Kette von Gründungsakten interpretiert werden, deren „revolutionäre“ Qualität sich immer erst *post festum* und bei genauerem Hinsehen erschließt. Vgl. dazu die Diskussionsbeiträge in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1993) 5, 6 und 8.

veränderten Weltmarktkonkurrenz begnügen. Daß sich jedoch die „erweiterte“ Bundesrepublik gewissermaßen *en passant* eine neue Verfassung gibt und in welcher Kleinkariertheit die Modalitäten des inneren Lastenausgleichs wie der Umschreibung der bisherigen Deutschland- in eine neue deutsche Außenpolitik erfolgen, sind Belege für das drohende Scheitern der Neugründung der „Berliner Republik“.

III. Die Generation der Erben

Die Tradition der post-imperialen und post-nationalen Republik von 1949 muß also im Sinne eines neuen Generationenvertrages refundiert werden. Das Arendtsche Leitmotiv der periodischen Neugründung stammt von Thomas Jefferson, der einmal für die amerikanische Republik vorgeschlagen hat, zur Sicherung ihrer Grundlagen den revolutionären Gründungsakt alle 20 Jahre, d. h. jede politische Generation, zu wiederholen. Die Generation der „Erben“ (in einem doppelten, auch materiellen Sinne) in Deutschland ist nicht, wie es gelegentlich erscheinen mag, rechts und radikal, sondern erst einmal reich und rar. Selten in der deutschen Geschichte sind Reichtümer so gewaltigen Umfangs an so wenige Nachfahren übergeben worden, und selten wurde die Erbschaft der Zeit so mißtrauisch wie ein Danaergeschenk beargwöhnt. Das gilt nicht nur für die ökologischen Folgekosten des Wirtschaftswunders, sondern auch für die politischen Konsequenzen der Zäsur von 1989, die der kommenden Generation eine ungewisse Neue Weltordnung auf- und Deutschland aus seiner Nischenlage herauszwingt. Die Welt wird aber von einem Großteil der Jungen als in doppelter Hinsicht „fertig“ empfunden – die Aussichten auf die Zukunft erzeugen eher Depression als Tatkraft. Diese sozialpsychologische Lage der Erben- generation disponiert sie auch zu einer großen Distanz zur konventionellen Sphäre der Politik, ohne daß seit den siebziger Jahren verbreitete, unkonventionelle Formen der Teilnahme und Gestaltung im Sinne einer „Neuen Politik“ nennenswert zugenommen hätten und attraktiv geblieben wären. Der Parteien- und Wahlabstinenz (auch schon die GRÜNEN betreffend) entspricht die bescheidene Resonanz der Organisations- und Mobilisierungsangebote der sozialen Bewegungen. Das politische Erbe wiegt insgesamt wie eine Hypothek.

Das läßt Platz für unpolitisches Desengagement und per definitionem antipolitische Gewalt. Damit droht Hannah Arendts Befürchtung einzutreten: „Was sich in unserer Zeit durchzusetzen pflegt, ist

nicht die Gründung, sondern die Gewalt.“⁶ In die Bresche springen militante, quasi-soziale Bewegungen mit rechtsradikalem und rechtspopulistischem Hintergrund, die unter unzufriedenen, zukunftsängstlichen Jugendlichen eine beachtliche und unverkennbar wachsende Resonanz finden⁷. Deren weitere Verbreitung kann nur abgewendet werden, wenn eine neue politische Generation (namens 89er?) auf den Plan tritt und ihren Dissens mit dem *Status quo* wie mit den Versuchen einer reaktionären Wende zum *Status quo ante* (in Richtung aller „deutschen Vergangenheiten“ vom Bismarck-Reich über die Konservative Revolution und den Nationalsozialismus bis zum DDR-Regime) bekundet – und damit eine neue Konzeption „öffentlichen Glücks“ zu verwirklichen sucht.

IV. Selbstheilung des Parteienstaats?

Vor allem unter jungen Leuten will kaum noch jemand für die herkömmlichen Parteien eine Lanze brechen und in ihnen aktiv mitwirken. Doch mit der pauschalen Kritik am Parteienstaat sägen die Kritiker munter an dem Ast, auf dem sie selbst sitzen: Parteien sind und bleiben notwendige Agenturen der politischen Meinungs- und Willensbildung genauso wie der Rekrutierung politischen Führungspersonals. Eben dazu muß ihr „kolonialistischer“, zu Monopol und Filz tendierender Einfluß im öffentlichen Leben zurückgedämmt werden. Ein Ende des ausufernden Parteienstaats setzt mindestens dreierlei voraus:

Erstens muß sich die oft vetterwirtschaftliche und korruptionsträchtige Besetzung von Leitungspositionen im kommunalen, sozialen und öffentlich-wirtschaftlichen Sektor sowie im Bildungs- und Medienbereich vom Zugriff der (Staats-)Parteien lösen und durch alternative Gremien vorgenommen werden. Das setzt voraus, daß Parteifunktionäre und -politiker mittleren und höheren Alters andere Aufgaben übernehmen können und die Posten von Aufsichtsräten, Sparkassendirektoren, Schulleitern usw. in sachverständiger Weise besetzt werden⁸. Diese Selbstbeschränkung würde

6 H. Arendt, (Anm. 2), S. 168; vgl. auch dies., *Macht und Gewalt*, München 1985⁵.

7 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Über die Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte*, in: *Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung*, (1993) 2, S. 28–44.

8 Zur Diagnose vgl. Klaus von Beyme, *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt am Main 1993; einen Katalog der Selbstbeschränkung legt Jürgen Rüttgers (CDU) vor: *Neue Grenzen der Politik*, in: Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hrsg.), *Die Kontroverse*. Weizsäcker's Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt am Main 1992, S. 92 ff.

Parteilpolitikern nicht nur ein neues Image verschaffen, sondern auch ihre eigentlich politische Rolle, wie sie im Parteiengesetz ursprünglich mit *Willensbildung* umschrieben ist, stärker zur Geltung bringen, unter der Voraussetzung allerdings, daß sie sich von den (elektronischen) Medien unabhängig(er) machen können. Der berechtigten Kritik am Auftreten vieler Vertreter der politischen Klasse ist entgegenzuhalten, daß die vom Publikum an Politiker gerichteten Anforderungen oftmals einer Quadratur des Kreises gleichen⁹.

Zweitens können, was die geforderte Mitglieder-nähe und Transparenz der Parteien anbelangt, demokratischere Verfahren der Urwahl von Kandidaten für Abgeordnetenmandate und Führungspositionen in Betracht gezogen werden. Das setzt jedoch ein aktives und kontinuierliches Engagement der einfachen Parteimitglieder und eine gewisse Entprofessionalisierung der Politik (Halbtagsparlamente, ehrenamtliche Parteitätigkeit) voraus – was im Augenblick nicht gegeben bzw. erwünscht ist. Auch hier deutet sich ein Teufelskreis an.

Drittens müßten sich die Parteien für engagierte Nichtmitglieder und „Quereinsteiger“ öffnen und die in der (Medien-)Öffentlichkeit stattfindenden Diskussionen aufgreifen und beeinflussen, um so größere Bürgernähe zu erzielen – immer vorausgesetzt, daß danach eine noch in Richtung Parteien zielende Nachfrage besteht. Dazu gehörte auch die Möglichkeit, sich in direkter Volksabstimmung in relevante politische Prozesse einschalten zu können, also eine „Dosis“ Plebiszit innerhalb der repräsentativen Demokratie. Auch hier gilt wieder, daß eine solche Möglichkeit von den Wählerinnen und Wählern nicht als zusätzliche Belästigung aufgefaßt wird und nicht das Feld mangels ziviler Beteiligung politischen Demagogen und Fundamentalisten überlassen bleibt.

V. Exkurs: Die historische Verantwortung der Sozialdemokratie

1. Abwesenheit einer Alternative als eine Ursache politischen Verdrusses

Die Probleme der Öffnung kann man verdeutlichen an der deutschen Sozialdemokratie, die gegenwärtig (ganz ungeachtet ihrer akuten Kondi-

tionsschwächen) in einem für die Großparteien exemplarisch desolaten Zustand ist. Als Traditions- und Milieupartei, als Mitglieder- und Massenpartei sowie als Reform- und Programmpartei trifft sie auf eine vielfach zersplitterte und aufgemischte politische Nachfrage, die sich nicht mehr auf die gewohnt-direktive (nämlich etatistische, redistributive und „pädagogische“) Weise befriedigen läßt. Die fragile innerparteiliche Koalition von Interessengruppen und regionalen Organisationen zerbricht; weder das anarchisch verwickelte, nur lose verkoppelte Netz von Patronage-Klientel-Beziehungen noch der semiprofessionelle Apparat kann hier einen Führungsanspruch realisieren. So verlor die SPD in ihrem (ohnehin schrumpfenden) angestammten Milieu (Facharbeiter, gewerkschaftlich Organisierte), und es gelang ihr nicht, in ihr fremde Wähler- und Mitgliederschichten des Neuen Mittelstandes und der Selbständigen nachhaltig einzudringen. Deshalb kann sie in einer für Oppositionsparteien normalerweise günstigen Situation aus der Schwäche des Regierungslagers keinerlei Kapital ziehen. Ein großer Teil des Verdrusses der deutschen Bevölkerung ist der Abwesenheit einer Alternative geschuldet, wodurch auch der pseudo-politische Code der durch Skandale aufgeschreckten öffentlichen Meinung (glaubwürdig/verlogen) an die Stelle der klassischen Alternative von Regierung und Opposition treten konnte.

Bezogen auf die drei oben genannten Problemkreise einer erneuerten Parteiendemokratie steht die Sozialdemokratie vor allem auf kommunalem Gebiet nachhaltig im Ruch einer *Feudalpartei*, die ihre Klientel aus Mitteln des öffentlichen Dienstes versorgt und sich selbst bedient. Eine Politik der Selbstbeschränkung ist hier nicht zu sehen; über zahlreichen roten Rathäusern schwebt das Damoklesschwert eines Enthüllungsjournalismus, der weithin bekannte Verfilzungen und Durchstechereien jederzeit aus dem Status von Gerüchten in Skandale mit lokaler und überregionaler Wirkung erheben kann.

Das im Juni 1993 unter erstaunlich breiter Beteiligung vollzogene Urwahlverfahren zur Ermittlung des neuen Parteivorsitzenden war erst in der desolaten Situation nach dem Rücktritt Björn Engholms eingeräumt worden, so daß Parteibasis und Publikum es eher als einen Akt der Verzweiflung, denn als einen Weg zu mehr innerparteilicher Demokratie wahrnehmen mußten. Ausgerechnet die Parteilinke betrachtete die Urwahl als ein „Betrugsmanöver“. Dabei eröffneten sich hier die Chancen, die vorsichtigen Lockerungen und Transparenzen herzustellen, die z.B. im Reformpapier der Projektgruppe „SPD 2000“ angedeutet sind (Bürgerdialog, Seiteneinstieg, Urwahl

⁹ Vgl. Claus Leggewie, Im Zweifel für den Angeklagten – Fünf Thesen zur politischen Klasse, in: G. Hofmann/W. A. Perger (Anm. 8), S. 82ff.

etc.)¹⁰. Andere Parteien (z. B. die CDU Nordrhein-Westfalens) sehen sich, gegen den zähen Widerstand des Funktionärs- und Delegiertenkörpers, unter Nachahmungs- und Zugzwang gesetzt, aufgeschreckt auch durch das Urteil des Hamburger Verfassungsgerichtes, das mehr innerparteiliche Demokratie bei der Kandidatenaufstellung einforderte. Diese Ansätze zu Urwahlverfahren müssen jetzt erweitert werden in Richtung auf die ungebundenen Wähler, bei denen, weit über den Sympathisantenkreis der SPD hinaus, der Wunsch nach einem personellen und politischen Wechsel (bis Anfang 1993 inkarniert in der Gestalt Engholms) zu registrieren ist¹¹.

2. Der Mechanismus regelmäßigen Machtwechsels

Auf diese Weise droht der für die demokratische Selbstreform und Neugründung dringend gebotene Mechanismus des regelmäßigen Machtwechsels durch die Regierungsübernahme der Opposition auszufallen. In den USA, wo nach einer langen Periode republikanischer Rechts-Majorität eine ähnliche Lage gegeben war, ist dieser Wechsel 1992 gelungen. Ein unabhängiger Präsidentschaftskandidat (Ross Perot) zwang das Washingtoner Establishment in die Knie und brachte einen Außenseiter ins Weiße Haus – aus einer Partei, die schon auf ewige Zeiten zur Opposition verdammt schien. Das Bemerkenswerte (und Exemplarische) dieses Vorgangs war, daß die *Democrats* diesen (noch lange nicht bestandenen) Kraftakt keineswegs aus eigener Initiative gestartet haben. Wie die Linkskräfte aller westlichen Demokratien hatten auch sie sich in die Position „struktureller Minderheitsfähigkeit“ manövriert, die sich mit der Gewißheit moralischer Überlegenheit und prinzipiellen Rechthabens begnügt, also dem politischen Feuilleton. Nicht clevere Kampagnenmanager, auch nicht charismatische Führungspersonen, schon gar nicht ein neues Jahrhundertprogramm, das rosige Zeiten und grandiose Aussichten versprach, haben den Außenseiter aus Arkansas ins Weiße Haus gebracht, sondern eine ganz diffuse Stimmungslage im Hinterland der Nation, die zunächst sehr nach antipolitischer „Verdrossenheit“ aussah und dann doch der *District Capital* eine klare, letztlich unumkehrbare Direktive gab: *It's Time For A Change*. Bill Clinton könnte das Ende der bleiernen Jahre einleiten – und nebenbei die letzte

Chance der „Baby boomers“, aus den Feuilletons herauszukommen.

Auch für die Bundesrepublik ist dieses Szenario noch möglich. Es ist längst nicht mehr die Frage, „warum das Land sich ändern muß“. Nur noch das Wie steht zur Debatte. Auch bei uns ist es höchste Zeit für den Wechsel, und das heißt nicht nur (aber auch), daß die politische Spitze der „Berliner Republik“ das Personal (und nebenbei endlich ihren Ort!) wechseln muß. Eine Koalitionsregierung, die seit über zehn Jahren amtiert, ist zwangsläufig erheblichen Verschleiß- und Abnutzungserscheinungen ausgesetzt. Wenn die Sozialdemokratie nach Ansicht ihrer Sprecher derzeit „leider keine Alternative“ (Karlheinz Blessing) darstellt, muß sie eine gesellschaftliche Bewegung in ihre Verantwortung hineinzwingen.

3. Politischer Machtwechsel – Selbstreform des politischen Systems

Die Politik der „alten Bundesrepublik“ war anfangs vom Neuaufbau, dann von der Verteidigung des Wohlstands auf höchstem Niveau, schließlich auf das kurzatmige Krisenmanagement allfälliger Risiken ausgerichtet. In den neunziger Jahren bestimmt nicht mehr die „Risikogesellschaft“, die sich paradoxerweise im „Weiter so!“ einrichtete und beruhigte, die politischen Parameter. Die Risiken sind bestimmt nicht kleiner geworden. Aber sie können uns nicht länger in die absurde, jahrhunderttypische Position der „Wartenden“ (Siegfried Kracauer) zwingen. Wir treten, ohne den Optimismus der Moderne, aber auch ohne die apokalyptische Erwartung des unabwendbaren Untergangs, in die *Reparaturgesellschaft* ein, die die zivilisatorischen Schäden der Umwelt, der Sozialität und der Weltordnung unbeirrt von der Hoffnungslosigkeit dieses Plans zu beheben versucht. Das auf die *No-future-Generation* gemünzte Motto: Du hast keine Chance, also nutze sie! trifft nun gesellschaftsweit zu. So bedarf es nicht nur eines gewaltigen Stimmungsumschwunges in diesem schlechtgelaunten Land, sondern auch eines regelrechten neuen „Politikvertrags“. Nicht bloß wirtschafts- und finanzpolitische Korrekturen, sondern politische Strukturfragen sind zu bewältigen; nicht bloß kosmetische Operationen (wie z. B. die von Erwin Scheuch vorgeschlagene Abschreckung korruptionsanfälliger MdB's durch das Strafrecht und neue Wege der Parteienfinanzierung), sondern echte Verfassungsreformen stehen auf der Tagesordnung. Die „alte Bundesrepublik“ ist nicht zu beerdigen, wie es die Rechte ungeniert wünscht und nun paradoxerweise die Linke befürchtet. Auf ihren politisch-kulturellen und institutionellen Voraussetzungen muß und

¹⁰ Vgl. „Ziele und Wege der Parteireform“, Ms., Bonn 1992; s. zur Situation der SPD die Analyse von Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.

¹¹ Vgl. Claus Leggewie, Es ist Zeit für den Wechsel, in: Vorwärts, (1993) 7, S. 12.

kann man bestehen. Aber die „Berliner Republik“ erfordert eine Adjustierung der politischen Zielsetzungen. Eine neue Ära innen- und außenpolitischer Reformen ist auch in Deutschland erforderlich und möglich.

Der Sozialdemokratie das Gelingen ihrer Entfeudalisierung, Öffnung und Demokratisierung zu wünschen, entspringt also nicht parteipolitischer Voreingenommenheit. Vielmehr ist es die staatspolitische Sorge, daß diese Traditionspartei nicht in der Lage sein wird, wie in den sechziger Jahren mit einer Kombination aus innenpolitischer Reform und außenpolitischer Adjustierung eine sich selbst blockierende Kanzlerwahlpartei und ihren verschlissenen Koalitionspartner abzulösen und damit jenes Maß an Vertrauen zu schaffen, das die Selbstreform des politischen Systems und nicht zuletzt auch die außergewöhnliche „Demokratiefriedenheit“ der siebziger und achtziger Jahre ermöglichte.

VI. Bürgergesellschaft – letzte Utopie oder pragmatischer Ausweg?

Über den fälligen Machtwechsel hinaus ist es bei den gegebenen Formen und Prozeduren des politischen Betriebs „Zeit für den Wechsel“. Es gibt Kreise, die an die Neugründung politischer Parteien denken. Die Chancen von *single-issue*-Bewegungen, auch von neuartigen Bürgerrechtsparteien, sind nicht a priori zu verneinen. Aber in dem Maß, wie das Politische aus der traditionellen Politik ausgewandert ist, hat sich der Charakter der intermediären Ebene, bisher von den Parteien monopolisiert, mitverändert. Über alternative Formen der politischen Willensartikulation und Interessenvermittlung ist also nachzudenken¹².

Von selbst werden sich diese freilich nicht einstellen. Daß sich aus „Lichterketten“ eine Bürgerbewegung formieren läßt, ist höchst ungewiß und unwahrscheinlich, auch wenn nach Vorfällen wie in Rostock, Mölln, Solingen usw. – „ethnischen Säuberungen“ *in nuce* – eine noch entschiedenerere Reaktion erforderlich wäre. Es mag aber sein, daß politische Clubs, Foren und Netzwerke, die sich in Eigenregie und Verantwortung engagierter Bürger selbst im sog. „vorpolitischen Raum“ bilden, in die Lücke zwischen gehemmter Aufbruchsstimmung und stockender Partei- bzw. Parlamentsreform stoßen und für eine Zeit den geeigneten Rahmen

für Mobilisierung und Intervention bieten. Die unabdingbare Aufmerksamkeit der Medien wäre ihnen sicher; auch der politisch-moralische Kredit solcher „parapolitischer“ Apparate wäre bei entsprechender Zusammensetzung hoch¹³. Sie wären nicht Ersatz oder gar Gegenstück der „Alt-Parteien“, wohl aber flexible Medien ihrer Erneuerung.

Auch geharnischte Parteienkritik bleibt meist von dem Wunsch getragen, wieder bessere, also kompetentere und moralisch weniger dubiose politische Parteien zu haben. Mit ihrer Hilfe gelänge die Transformation der diffusen Bewegungsenergie der Lichterketten und jüngster Demonstrationen zivilen Ungehorsams in das politische Institutionengefüge, dessen Rahmen sich partizipatorisch ausdehnte, ohne die Illusion der allseitigen Bürgernähe zu nähren. Ganz unmittelbar, auf das „Superwahljahr“ 1994 bezogen, könnte die Eröffnung zeitgemäßer „Wahlkontore“¹⁴ und politischer Clubs die unwillige, zum Teil wohl auch unfähige Opposition gewissermaßen an die Regierung tragen und zugleich den politischen Generationswechsel vollziehen. Die andere große Partei, die Union, ist gleichermaßen auf eine Revitalisierung aus den Quellen zivilen Gemeinsinns dringend angewiesen; nach ihrer gelungenen Verankerung im Parteiensystem ebenso die GRÜNEN, die in vieler Hinsicht schon Symptome einer „Altpartei“ aufweisen.

Die herkömmliche, starre Gegenüberstellung von Parteienstaat und Bürgergesellschaft kann man also in Frage stellen und überwinden. Die „zivile Gesellschaft“ ist eine in Deutschland neue, bereits inflationär zitierte rhetorische Figur. Sie rangiert zwischen dem Staat im engeren (Regierung, Verwaltung, politische Klasse) und der Gesellschaft im weiteren Sinne. Ihre Verfechter sind beseelt vom Ideal der „freien Assoziation“, der bürgerlichen Selbstbetätigung in gemeinnützigen Vereinen, vitalen Nachbarschaftsversammlungen und einer funktionierenden lokalen Öffentlichkeit. Ihre Verächter bestreiten hingegen, daß dieses an der antiken Polis oder an der amerikanischen Idylle, bisweilen auch am Rätegedanken genährte Ideal je Wirklichkeit gewesen sei – außerhalb der Köpfe ihrer Liebhaber. Dieser Einwand richtet sich gegen einen ideologisierten Begriff der Bürgergesellschaft, der auf der strikten, vormodernen oder alt-europäischen Trennung zwischen privatökonomischer und öffentlich-politischer Sphäre beruht und sich den edlen *Citizen* als heroischen Einzelgänger

13 Wohl über den Einfluß hinaus, den Wolf Lepenies der Stiftung eines „Sprechenden Pour le Mérite“ zubilligt, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober 1992.

14 So nannten sich die von Intellektuellen ins Leben gerufenen Unterstützungskomitees für Willy Brandt 1972.

12 Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung, Opladen 1993.

ausmalt¹⁵. Er wendet sich auch gegen die unhistorische Übertragung des Widerstands am Gemeinwohl orientierter Privatleute in den totalitären Gesellschaften Osteuropas gegen den „vormund-schaftlichen Staat“ auf westlich-privatisierte Gesellschaften. Ein weniger pathetischer Begriff der zivilen Gesellschaft geht eher auf die unscheinbare *Wirklichkeit* funktionierenden Gemeinsinns zurück, wie er in der politischen Kultur des Westens, vor allem in angelsächsischen Ländern, zu beobachten ist, wo (günstigenfalls) antietatistische Individualität, vitale (auch: ethnische) Kommunität und überschaubare Publizität zusammenwirken. So gesehen steht die Bürgergesellschaft in der Tradition des *city life*¹⁶, wo lokales Selbstbewußtsein, ziviler Ungehorsam und eine republikanische „Staatsfreundschaft“ zur Synthese kommen.

Die (empirische) Frage ist demnach, ob das reiche deutsche Vereinsleben, der ausgedehnte Sektor ehrenamtlicher Tätigkeiten und die Aktivität räumlich definierter Gemeinschaften (wie Nachbarschaftshilfe) eine Basis derartiger Zivilität bilden. Man müßte genauer ergründen, ob sie „emergente“ politische Qualität gewinnen oder

15 Vgl. Volker Heins, Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, 33 (1992) 2, S. 235 ff.; außerdem die Replik von Rainer Schmalz-Bruns, in: ebd., S. 243 ff.

16 Vgl. Iris Marion Young, Justice and the Politics of Difference, Princeton 1990.

rein private, d. h. egoistisch und instrumentell dem eigenen Fortkommen gewidmete Assoziationen bleiben. Ähnliches gilt für „subpolitische“ Berufsvereinigungen, Honoratioren-Clubs und Arbeiterteams, nicht zuletzt auch für ethnisch und religiös begrenzte Gemeinschaften, immer wenn und sofern sie über Zwecke bloßer Geselligkeit und Interessenverfolgung hinaus „überschüssige“, protopolitische Zielsetzungen entwickeln. Die emphatische Trennung zwischen privaten („schmutzigen“) Zwecken, die an Arbeit und Haushalt gebunden sind, und („hehren“) politischen Zielen, die diese transzendieren, ist obsolet. Im übrigen wird auch der regionale und eurozentrische Zug, den die kontinentalen Theorien der Bürgergesellschaft noch aufweisen, in der sich herausbildenden Weltgesellschaft hinfällig – es kann keine Oasen der Zivilität in einer Wüste von Bürgerkriegen und Anti-Politik geben.

The proof of the pudding is the eating. Die Existenz gutbürgerlicher Reformkräfte, die ein von Auszehrung bedrohtes politisches System regenerieren könnten, ist weder akademisch deduzierbar noch aus Erfahrung zu negieren. Sie müßte sich noch im wissenschaftlichen Forschungsprozeß wie vor allem in der praktischen Politik beweisen oder falsifizieren. Der Bundesrepublik bürgergesellschaftliche Züge von vornherein abzusprechen, hieße aber, sie dem freien Fall preiszugeben – womöglich in die neue Barbarei.

Parteien im eigenen Saft? Von der Krise zur Reform

I. Das Problem

Der Grenznutzen der Parteienkritik nimmt zusehends ab. Das liegt nicht allein daran, daß alles schon gesagt ist, die Parteien aber bekanntlich schwer hören. Der Überdruß an dieser Diskussion, den beide Seiten, die Parteien und ihre Kritiker, langsam empfinden, hat auch etwas damit zu tun, daß zwar die Probleme umfänglich beschrieben, kaum aber Wege aus dem Dilemma aufgezeigt werden. Und so empfinden Politiker und Parteien die Kritik oft als wenig hilfreich.

Parteienkritik aber ist kein Selbstzweck. Sie ist vielmehr getragen von der Hoffnung wider alle Erfahrung, daß politische Parteien sich als reformfähig erweisen mögen und daß die kritische Analyse dazu beitragen könne. So klar ihre Defizite und Probleme auch immer erscheinen mögen, und diesbezüglich zeichnet sich ja mehr und mehr ein Konsens ab, so schwer ist es doch, eine plausible und praktikable Alternative zu dem real existierenden Parteiensystem aufzuzeigen. Es geht nicht um die eine große Alternative, sondern um viele kleine Schritte zur Reform. Die Parteien selbst und manche ihrer Kritiker gehen jedoch mit der Parteiendemokratie um, als hätten sie noch eine andere in Reserve.

Parteiführer verweisen gerne auf die antidemokratische Tradition der Parteienkritik in Deutschland. Diese Tradition gab es: im Bismarckreich, in der Weimarer Republik und auch in den ersten Jahren der alten Bundesrepublik Deutschland. Über die späte alte Bundesrepublik wie über das vereinigte Deutschland läßt sich jedoch sagen: Noch nie in der deutschen Geschichte hat die Demokratie, auch die Parteiendemokratie, eine so hohe und durchgängige Zustimmung erfahren wie in der Gegenwart. Kritik finden der aktuelle Zustand und die Selbstdarstellung der Parteien, nicht die (Parteien-)Demokratie als solche. Das muß nicht so bleiben. Es ist durchaus denkbar, daß sich die Kritik an den Parteien, bleibt sie folgenlos, eines Tages, gleichsam in einem Spill-Over-Effekt, auch auf die Demokratie überträgt. Demokratie kann

konkurrenzlos scheitern. Die Ursache dürfte dann eines Tages weniger in einer antidemokratischen, aus der Luft gegriffenen Parteienkritik zu suchen sein als vielmehr in der Unfähigkeit der Parteien, zu hören und zu handeln, als es noch Zeit war.

So betrachtet ist Parteienkritik zu verstehen als ein *anderes* Plädoyer für eine Parteiendemokratie und als ein Plädoyer für eine *andere* Parteiendemokratie. Die kritische Analyse der Parteien begreift deren Reformfähigkeit als Bedingung des Überlebens der Parteiendemokratie.

Das setzt nicht nur voraus, daß die Parteien sich ändern, sondern auch, daß die Parteienkritik andere Akzente setzt. Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich deshalb auf die Frage: Was könnten und sollten Parteien tun, wenn sie die Kraft dazu noch hätten? Der Versuch einer Antwort ist, hoffentlich, nicht willkürlich, aber ganz gewiß auch nicht vollständig und erschöpfend. Es sind, wie gesagt, kleine Schritte zu einem großen Ziel, getragen von der einfachen, ja banalen Annahme: So wie die Parteien sind, können sie nicht bleiben, aber es wird kaum möglich sein, einfach einen Ersatz für sie zu finden. In der gegenwärtigen Form dürften die politischen Parteien, Leitfossil einer vergangenen Zeit, das politische Leben immer weniger bestimmen, und doch wachsen die Probleme, die einer kollektiven und das heißt politischen Lösung bedürfen, wächst die Nachfrage nach jenen Leistungen, die die Volksparteien idealtypisch erbringen sollten und die sie ja auch, in ihren guten Zeiten, erbracht haben.

Also hängt alles von der Reformfähigkeit der politischen Parteien ab. Daß sie sich dabei in guter Gesellschaft der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände befinden, mag zwar entlastend wirken, ist jedoch ein schwacher Trost, sind Parteien doch schon kraft Verfassung Verbände mit einer besonderen, eben politischen Verantwortung für das Gemeinwesen.

Sind die bestehenden Parteien zur Selbstreform fähig? Was behindert, was befördert diese Fähigkeit?

Die Fähigkeit von Institutionen zur Selbstreform ist von strukturellen Voraussetzungen abhängig,

sie läßt sich in gewisser Weise organisieren. Damit ist freilich nicht jene »Organisationsreform« gemeint, auf die Parteien immer dann verfallen, wenn sie spüren, daß etwas geschehen muß, daß es so nicht weitergehen kann und wenn sie sich gleichwohl vor inhaltlich-politischen Konsequenzen drücken wollen.

Die Reformfähigkeit der Parteien wird sich auf beides beziehen müssen, auf inhaltlich-politische und auf organisatorisch-institutionelle Reformen. Dabei handelt es sich um eigenständige Kategorien der Reform, die nicht wechselseitig aufeinander reduzierbar sind; ganz zu schweigen von der beliebten Praxis der Selbsttäuschung, die fällige Erneuerung der Partei auf eine „Reform der Parteiarbeit“ zu verkürzen, diese als einen Ersatz für das kritische Überprüfen der ideologischen Bestände zu nehmen, oder gar der nach jeder Wahlniederlage vorgetragenen Ankündigung, nun müsse man aber die Politik der CDU, SPD, CSU, FDP etc. den Wählern deutlicher und verständlicher machen – gerade so, als wären diese bisher zu dumm gewesen, sie zu kapieren.

Die Fähigkeit zur Selbstreform bedarf also struktureller Voraussetzungen, und zum anderen sind es gerade organisatorische und strukturelle Bedingungen, die sich benennen lassen, die die Lernfähigkeit von politischen Parteien zuverlässig behindern.

II. Sind die Parteien zur Selbstreform fähig? Sieben Vorschläge

1. Parteien sind von Natur aus träge Organisationen. Sich selbst überlassen, leben sie aus dem Gedächtnis, handeln sie in eingeschliffenen Routinen. Um dieser gleichsam naturgegebenen Eigendynamik entgegenzuwirken, sind deshalb Korrektive einzubauen, die Führung und Mitglieder zwingen, sich mit den tatsächlichen Problemen und das heißt: auch mit externen Gutachten und Analysen auseinanderzusetzen.

Dieser Vorschlag läuft auf wenig mehr als auf den allerdings notwendigen Versuch hinaus, auch in den Parteien eine Situation herbeizuführen, die für eine demokratische Gesellschaft und Öffentlichkeit selbstverständlich ist: das Deutungsmonopol der jeweiligen Machtelite zu verhindern. Demokratie lebt ja vom Wettbewerb der Ideen und Alternativen – und von der Chance, daß die Agenda der Politik im allgemeinen und der Parteien im besonderen in einem offenen Prozeß bestimmt werden. Tatsächlich laufen die Machtstrategien der

jeweiligen Eliten immer darauf hinaus, das Deutungs-, Informations- und Kommunikationsmonopol für sich selbst zu reservieren. Das ist gut für die Machterhaltung der jeweiligen Führung, aber auf Dauer schlecht für den Verband als solchen – und für das Gemeinwesen insgesamt.

Dieser Vorschlag ist, wie alle anderen auch, formal leicht, politisch aber nur schwer umzusetzen. Eine Möglichkeit sei wenigstens angedeutet: Den politischen Parteien stehen politische Stiftungen nahe. Diese unterhalten wissenschaftliche Institute, zum Teil auf hohem Niveau. Ideen, Analysen und Vorschläge sind vorhanden. Aber sie werden nicht wirksam, sie dringen nicht in die Parteien ein, sie stehen auf keiner Tagesordnung, weder im Bundesvorstand noch in den Landesvorständen und Ortsvereinen. Dort leben die Parteien im eigenen Saft und aus eigener Kraft. Nicht die Stiftungen sind das Problem und die Frage einer verdeckten Parteienfinanzierung, sondern deren Unabhängigkeit und deren Einfluß auf die innerparteiliche Willensbildung. Warum gibt man ihnen nicht die Möglichkeit, die Mitglieder „ihrer“ Partei und deren Gremien eigenständig zu informieren und auf unabhängige Weise Entwicklungen zu beschreiben, Probleme zu benennen und Lösungsalternativen zu erarbeiten, mit denen sich die Partei dann wieder auseinandersetzen muß? Es ist offensichtlich, warum dies nicht geschieht und was passieren müßte, wenn dies geschehen soll: Es müßte Schluß sein mit dem Brauch, Positionen in Stiftungen als Trost für emeritierte Parteigrößen zu vergeben. Notwendig wäre eine größere personelle Unabhängigkeit der Stiftungen von den Parteien: Institutsleiter sollten herausragend honoriert werden, dafür aber nicht mehr – wie bisher – von der Möglichkeit der Wiederwahl abhängig sein etc.

Auf diesem und anderen Wege(n) könnte vielleicht erreicht werden, als ein erster Schritt in die richtige Richtung, daß die Parteien früher – wenn schon nicht rechtzeitig – den gesellschaftlichen und den internationalen Wandel zur Kenntnis nehmen und mit ihrer Politik dann eine Antwort suchen auf die Fragen der Gegenwart und Zukunft – und nicht vorrangig Lösungen für jene „Probleme“ anbieten, die gerade Konjunktur haben. Fehlen solch eingebaute Korrektive, dann werden die Parteien auch weiterhin hingebungsvoll, aber ungestört ihre jeweiligen ideologischen Besitzstände hegen und pflegen.

2. Parteien schmoren im eigenen Saft. In diesem Zustand sind sie weder attraktiv noch zukunfts-fähig: Mehr innere Demokratie ist notwendig.

Viele setzen große Hoffnungen auf mehr innerparteiliche Demokratie. Sie ist notwendig, wird aber

ein zentrales Problem nicht lösen, sondern verschärfen: Der reale Zustand der Parteien, in dem Mitglieder immerfort Mitglieder treffen und Delegierte immerzu Delegierte wählen, führt notwendig dazu, daß sie sich auf eine ebenso perfekte und pathologische Weise zu dem entwickeln, was der Soziologe Niklas Luhmann einmal als ein „selbstreferentielles System“ beschrieben hat: Die Parteien beschäftigen sich nur noch mit sich selbst und ihren hausgemachten Problemen, Ressentiments, Ängsten und Kämpfen. Es ist ein weitgehend und zuverlässig geschlossenes System, das wir hier vor uns haben. Die Sitzungen der Gremien laufen, was Themen und Kommunikationsstil betrifft, fast durchweg nach einem Schema ab, das nicht nur wenig attraktiv auf die meisten Mitglieder wirkt, von „normalen“ Zeitgenossen ganz zu schweigen, sondern das die Partei auch nach außen abschottet, und das unabhängig davon, auf welcher Ebene (Bund, Länder oder Gemeinden) die Parteigremien tagen.

Warum sollte es nicht möglich sein, daß wenigstens der zweite Teil solcher Sitzungen, nachdem die unvermeidlichen Regularien erledigt sind und das zumeist ramponierte Wir-Gefühl wieder gestärkt ist, öffentlich stattfindet und daß das Prinzip der Öffentlichkeit dann, so wäre zu hoffen, Inhalt und Stil der Debatte verändert? Warum sollte es nicht zur Regel werden, durch formellen (Satzung) oder informellen Nachdruck, daß ein Oberbürgermeister, Stadtdirektor, Landrat, Ministerpräsident etc. die Mitglieder und Gremien seiner Partei mit konkreten Problemen und Alternativen konfrontiert und das heißt auch mit externen Expertisen und Gutachten zu den anstehenden Themen? Es wäre dies ein Versuch zu verhindern, daß Parteien sich vorwiegend mit jenen Themen beschäftigen, die gerade aus der Tiefe ihres Gemütes emporsteigen. Es ist ja ein allgemein zu beklagender Zustand, daß sich die Schere zwischen den Themen, die gerade innerhalb und außerhalb von Parteien Konjunktur haben, und jenen „unsichtbaren“ Entwicklungen, mit denen das Land konfrontiert sein wird, mehr und mehr öffnet.

Die Selbstreferenz der politischen Parteien kann, wie gesagt, auch durch mehr direkte Demokratie in den Parteien nicht überwunden werden. Dennoch und aus anderen Gründen ist mehr innere Demokratie notwendig.

3. Politische Parteien müssen nach innen mehr Demokratie wagen.

Direkte Mitwirkung der Mitglieder bei der Auswahl des politischen Personals könnte nicht nur deren Einfluß erhöhen, sondern auch die ohnehin oft leerlaufenden „Beschluslagen“, die es de facto ja

sowieso nur bei der SPD gibt, relativieren, den politischen Prozeß innerhalb und außerhalb der Parteien entkrampfen und insgesamt neues Vertrauen in die Parteien begründen. Im demokratischen Staat wie in den Parteien können Wahl und Abstimmung das eine leisten und das andere nicht. Die jüngste Geschichte der SPD zeigt, daß es einer Partei schlecht bekommt, wenn sie versucht, durch Beschlüsse des Parteitags ihre Führung an die kurze Leine zu legen. In den meisten Sachfragen ist die direkte Demokratie überfordert.

Demokratische Kontrolle vollzieht sich anders: durch das Gesetz der antizipierten Reaktion. Wähler wählen eine politische Führung, die bei ihren Entscheidungen an die künftige Wiederwahl denken wird. Sie kann abgewählt werden, aber sie braucht auch einen gewissen Spielraum, da sich die Entscheidungssituationen und -alternativen nicht völlig vorhersehen lassen. Es kommt deshalb alles auf die demokratische Wahl und (Kontrolle durch) Abwahl durch die Wähler bzw. durch die Mitglieder an. Hier aber verzichten die Parteien ohne ersichtlichen Grund auf das mögliche und notwendige Maß an direkter Demokratie. Eine Direktwahl der Vorsitzenden und der Kandidaten für die Parlamente gibt den Mitgliedern sichtbar Einfluß zurück, beschneidet die Macht der Klüngel und stärkt so die demokratische Legitimation der Parteien. Denn es geht um die Partizipationschancen, nicht um die bloße Anzahl der Mitglieder in Parteien.

4. Die Zahl der Mitglieder ist kein zuverlässiger Indikator für den Erfolg und die Attraktivität einer Partei.

Insbesondere in den siebziger Jahren verwiesen die Parteien mit großem Behagen auf die steigenden Mitgliederzahlen. Vor allem die CDU sah darin einen Beweis für ihren Wandel von der Honoratioren- über die Mitglieder- zu einer wahrhaftigen Volkspartei. Wenn nicht alles täuscht, ist die schöne These, nur eine möglichst große Mitgliederpartei sei eine ordentliche, für das Volk repräsentative Partei, zu revidieren. Das hat mehrere Gründe: Alle Parteien können ein Lied davon singen, daß es oft die Falschen sind, die kommen und gehen. Je größer außerdem die Mitgliederzahlen, je mehr von ihnen auch noch aktiv mitwirken wollen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß viele in ihren Partizipationswünschen enttäuscht, ja frustriert werden und daß eine Partei hauptsächlich mit ihren Binnenproblemen beschäftigt ist. Hinzu kommt der Umstand, daß in den Gremien und bei den Sitzungen der Parteien regelmäßig jene überrepräsentiert sind, die in den Begriffen der Bonner Sozialforscher Toni und Ulrich Pfeiffer zum „Wortadel“ und zum „Zeitadel“ in der Gesell-

schaft gehören, die also über viel Zeit und/oder über rhetorische Qualitäten oder auch einfach nur über Mitteilungsbedürfnisse verfügen. Hier liegt eine erste wichtige Erklärung dafür, daß das Innenleben einer großen Volkspartei das Volk und die Gesellschaft nur sehr verzerrt widerspiegelt: Parteien klammern sich um so verbissener an ihre traditionellen Binnenmilieus, je sichtbarer diese den Parteien unter den Füßen wegbrechen. Aus Volksparteien werden Mammutsekten . . .

Wenn und weil dies so ist, sollten Parteien ihren Ehrgeiz weniger darein setzen, möglichst viele Mitglieder zu haben. Weit wichtiger wäre es, mehr Gedanken und Geld zu investieren in die Frage, wie sie möglichst viele und vielfältige Formen der Beteiligung diesseits der formalen Mitgliedschaft anbieten können, die den veränderten Partizipationswünschen vor allem der Frauen, der jungen und der alten Menschen entgegenkommen.

5. Für die politischen Parteien kann es nicht länger darum gehen, „politische Lager“ zu stabilisieren. In einer veränderten Situation stellt sich ihnen vielmehr die Aufgabe, immer wieder neue Koalitionen von Wählern zu finden.

Als vor über hundert Jahren die (Vorgänger der) heutigen Volksparteien entstanden sind, hatten ihnen reale soziale Konflikte, gesellschaftliche Formationen und Milieus entsprochen. Zumal damals Metaphern aus der militärischen Sprache nicht unüblich waren, konnte man durchaus, wenn man wollte, von „politischen Lagern“ sprechen, aus denen die Parteien dann zu Klassen-, Kultur- und anderen Kämpfen aufgebrochen sind. Heutzutage hingegen ist ein (partei-)politisches Denken, das sich an politischen Lagern orientiert, nur noch anachronistisch, verräterisch und überdies der sichere Weg in die Erfolglosigkeit. Parteien, die ihre politischen Lager und die dazu passenden Mentalitäten nicht verlassen, zementieren ihren Minderheitenstatus, ziehen die Brücken hoch zwischen sich und einer „feindlichen“ Umwelt. Ihre Sprache verrät ihr Denken: Hochgerüstet verschanzen sie sich hinter Mauern der scheinbaren Sicherheit, ab und zu – man nennt dies dann Wahlkämpfe – brechen sie auf, um den Gegner zu bekämpfen und Geländegewinne zu machen. Während die beiden Volksparteien CDU und SPD in der politischen Praxis die Voraussetzungen geschaffen haben für ein ziviles Denken und für eine zivile Politik nach innen und außen, benehmen sie sich selbst nicht selten so, als sei die politische Kunst dem Kriegshandwerk abgeschaut. Es kann nicht verwundern, daß sie auf diese Weise den Menschen immer fremder werden.

6. Es ist an der Zeit, daß Parteien ihre alten Rüstungen ablegen und sich dafür in ziviler Form neuen Fragen und Konflikten zuwenden. Ideologische Abrüstung und das Anlegen gegenwartsbezogener Entscheidungsalternativen werden ihnen wieder neues Vertrauen zurückbringen.

Was damit gemeint ist, hat Joscha Schmierer in seinem Essay-Band „Die neue Alte Welt oder wo Europas Mitte liegt“ (1993) zutreffend beschrieben: „Wie die EG eine Negation des Krieges zwischen Staaten ist, sind die westlichen europäischen Gesellschaften eine Negation des Bürgerkriegs. Das politische System aber ist über Formen der Zähmung des Bürgerkriegs nie hinausgelangt. Politik bleibt Krieg, ohne offene Anwendung seiner Mittel. Dies dürfte die wichtigste Ursache für die wachsende Distanz zwischen ‚Politischer Klasse‘ und ziviler Gesellschaft sein. In all ihrer Fragilität kann sich die zivile Gesellschaft weder die politischen Schlage-tot-Methoden noch das heimliche Gekungel hinter den Linien leisten. Sie bleibt auf öffentliche Verständigung angewiesen.“ Diese aber wird erschwert „durch die Mechanismen des politischen Systems, die nach dem Parteien- und Links-Rechts-Schema funktionieren, als ob Klassen gegeneinander anträten, um sich zu besiegen und ihre Hegemonie zu behaupten und durchzusetzen. Entspräche ihnen tatsächlich eine Gesellschaft, wie sie im polaren Prozeß auf der politischen Bühne simuliert wird, müßte in ihr Bürgerkrieg in Permanenz herrschen.“

7. Politische Parteien im Übergang stehen vor der Frage: Alte Ressentiments oder neue Alternativen?

Die Parteien mögen die alten Schützengräben nicht so recht verlassen, weil sie ihnen noch eine Weile eine scheinbare Sicherheit bieten und weil sie eine neue Orientierung noch nicht gefunden haben. Als Aufgabe gewendet bedeutet dies für sie: Da die alten politischen Lager nicht länger durch die alten großen politischen Alternativen und auch nicht durch starke politische und soziale Milieus voneinander zu unterscheiden sind, stehen die Parteien gegenwärtig vor der Alternative, Zustimmung zu suchen durch die Manipulation von diffusen Ängsten und Ressentiments oder aber indem sie versuchen, die neuen Themen und Konflikte als neuartige und unterscheidbare Entscheidungsalternativen handhabbar und wählbar zu machen.

Wie das aussehen könnte, hat der Soziologe Karl Otto Hondrich jüngst in einem Debattenbeitrag deutlich zu machen versucht, als heuristische Ein-

ladung zum Weiterdenken: Die SPD könnte sich verstehen als Partei der kleinen Leute und ihnen versprechen, ihre alten Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit gegen die neuen Begehrlichkeiten aus dem Osten und aus dem Süden zu verteidigen. „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, so könnte demnach ihr Motto lauten. Die CDU hingegen könnte sich an ihre Tradition als Wirtschaftspartei erinnern und deshalb die Deutschen darauf hinweisen, daß ohne eine gezielte Einwanderung ihre Wirtschaft und ihre Systeme der sozialen Sicherung bald zusammenbrechen würden, daß ohne eine qualifizierte Einwanderung und ohne unkonventionelle Qualifizierung der Einwanderer deutsche Betriebe bald ohne Facharbeiter und Meister dastünden. „Im deutschen Interesse“, so könnte in dieser Logik ein Slogan der CDU lauten, „Einwanderung!“

Schon dieses fiktive Beispiel macht deutlich: So wünschenswert es wäre, die neuen Themen (Einwanderungs-, Armut-, ethnische Konflikte, das Engagement Deutschlands in der Welt) in klare Alternativen zu zerlegen und auf die politischen Parteien zu verteilen, so schwierig, wenn nicht ganz unmöglich, dürfte dies im konkreten Falle sein. Es könnte ja sein, daß die Parteien- und Wettbewerbsdemokratie, die die Deutschen in diesem Jahrhundert entwickelt haben und die in der Konfrontation von Regierung und Opposition, von links und rechts, von fortschrittlich und konservativ politischen Ausdruck fand, für die Zukunft nicht mehr das optimale Gehäuse für die politischen Prozesse und Konflikte darstellt. Was aber dann, da ja die real existierenden Kooperations- und Konkordanzdemokratien ihre Bürger ja auch nicht gerade faszinieren?

Politik- und Parteienverdrossenheit: Modeworte behindern berechnete Kritik

Zur Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Reformen

I. Vorbemerkungen

Alle reden von „Politikverdrossenheit“, von „Parteienverdrossenheit“ – es sind die Modeworte dieser Monate geworden. Aber gibt es diese Verdrossenheit wirklich? Nach dem geglückten Abenteuer einer Mitgliederbefragung der SPD über ihren Vorsitzenden ist es wahrscheinlich nicht mehr so überraschend, wenn ich die Behauptung wage: Es gibt keine wirkliche und umfassende Politikverdrossenheit.

Das Wort „Politikverdrossenheit“ ist inzwischen längst zu einem medialen Mülleimer degeneriert, in den alles hineingepackt wird, was auch nur entfernt an Kritik, Unzufriedenheit, Ängste, Unbehagen oder auch an anti-politische Vorurteile erinnert. Die vermeintlichen und tatsächlichen Skandale um Politiker dienen als „Beweise“ für die Unzulänglichkeit jeder Partei und jeder Politik.

Verdruß, sogenannte Politikverdrossenheit, kommt auf wegen bestimmter Inhalte, wegen bestimmter Defizite in der Politik der Parteien und Regierungen. Von einer Abkehr von *der* Politik und von *den* Parteien indes kann nicht die Rede sein, eher von ihrer wacheren, kritischeren Beobachtung. Der stellvertretende Müritzer Landrat Udo Knapp hat wahrscheinlich recht: Selten wurde soviel über Politik diskutiert wie heute, der Unterschied zu früher besteht nur darin, daß die Politik dabei in aller Regel schlecht wegkommt.

Aus dem Munde mancher Politikerkollegen dagegen klingt die Rede von der Verdrossenheit wie ein Vorwurf an die Wähler, sich immer mehr von den Volksparteien abzuwenden.

Die Diffamierung der Kritik der Menschen als demokratiegefährdende Politikverdrossenheit muß einer offenen Auseinandersetzung mit der Kritik selbst weichen. Das aber können nur wir Politiker einleiten. Solange wir offenbar nicht zur Diskussion einladen, schaffen wir die Gefahr selbst, die

daraus erwächst, daß „die Politik“ zu einem abwertend verwendeten Begriff geworden ist. Gerade weil er auf jede Differenzierung verzichtet, die Unterschiede zwischen den Parteien geradezu leugnet und berechnete Kritik zur pauschalen Diffamierung herabwürdigt, wird er Munition für alle, die mit rechtsextremen Scheinantworten locken. Die Suggestion der Rechtsextremisten, sie seien die bisher fehlende Alternative zu „den“ unterschiedslos schlechten Politikern, wird ungemein erleichtert.

II. Zeit des Paradigmenwechsels

Wir leben in einer Zeit des Paradigmenwechsels. Alle scheinbaren Gewißheiten der letzten 40, die der fetten achtziger Jahre vor allem, sind ins Wanken geraten oder stimmen nicht mehr. Die Geschichte ist über sie hinweggegangen. *Zum einen:* Der Feind steht nicht mehr im Osten; der für die alte Bundesrepublik konstitutive Antikommunismus hat kein Objekt mehr, damit fehlt manchen das für sie notwendige Feindbild. *Zum anderen:* Die meisten Menschen können nicht mehr damit rechnen, im nächsten Jahr ihren Lebensstandard zu sichern oder gar auszubauen. Das ist für westliche Gesellschaften dramatischer als es klingt, denn die relativ sichere Erwartung von Wohlstandswachstum war ein entscheidendes Element der Akzeptanz von Politik und der gesellschaftlichen Kohäsion.

Die heutige Schülergeneration ist wohl die erste seit den zwanziger Jahren – vorsichtiger geschätzt: seit 1945 –, die nicht mehr erwarten kann, daß es ihr im Erwachsenenalter materiell besser gehen wird als ihren Eltern. Das aber ist nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell von Bedeutung. Die Verteilung des scheinbar unbegrenzten Wachstums konnte mehr Gerechtigkeit schaffen, der wachsende Wohlstand war die Grundlage und Triebfeder für die weitgehende Differenzierung,

Segmentierung und Individualisierung der Industriegesellschaften in den letzten 20 bis 30 Jahren.

1. Von Leistungsorientierung zu erbarmungsloser Erfolgsorientierung

Die These Hans Peter Dürrs, daß durch die westdeutsche Kultur-„Revolution“ der sechziger Jahre, die das Individuum von überkommenen Zwängen und Begrenzungen seiner Entfaltung befreien wollte, der Kapitalismus zu sich selbst gefunden habe, ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Allerdings sind die „68er“ nicht die Verursacher des heute vorherrschenden Egoismus. Die elf Jahre konservativer Politik seit 1982 sind der eigentliche Geburtshelfer dieser mentalen Entwicklung. Grundlage dafür ist eine Leistungsorientierung, die längst zur erbarmungslosen Erfolgsorientierung geworden ist, ein schonungsloser individueller Wettbewerb, der seinen Gewinnern jene faktische oder scheinbare Unabhängigkeit gewährt, die der Wohlstand des einzelnen erst ermöglicht.

Es ist zum Beispiel nicht dasselbe, ob mit 1968 bestimmte gesellschaftliche Tabus gebrochen wurden und gleichzeitig an Gemeinwohlorientierung und praktizierter Solidarität festgehalten werden soll oder ob das Brechen von Tabus aus kommerziellen Gründen zum Selbstzweck wird, wie bei den blutigen Gewaltszenen, ohne die kaum ein Fernsehsender auf der Jagd nach Einschaltquoten auszukommen glaubt. Es ist auch ein Unterschied, ob man sich in dem Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit bewegen will oder ob allein der individuelle Vorteil zum Maßstab gesellschaftlichen Verhaltens wird. Diese Entwicklung ist durch die sogenannte geistig-moralische Wende enorm befördert worden: *materiell*, weil sich der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit erheblich zugunsten der Vermögen verringert hat, *kulturell*, weil Fehlverhalten von Ministern (zu oft) nicht zu angemessenen Konsequenzen führt. Es gibt die Erinnerung an Beförderungen auf gutbezahlte Positionen außerhalb des Bundeskabinetts, nachdem die Begünstigten durch Fehler oder zweifelhafte Amtsführung ins Gerede gekommen waren.

2. Sozio-kulturelle Umorientierung als Folge von Wachstumseinbußen

Wachstumseinbußen mögen für sich noch als hinnehmbar erscheinen. In ihrer Folge aber muß die in den vergangenen Jahrzehnten funktionale Zukunftsperspektive ersetzt werden, eine sozio-kulturelle Umorientierung kann notwendig werden. Mit dem Ende der Teilung Deutschlands und

Europas entstehen zusätzliche Kosten für die Gemeinschaft der Bürger und Staaten, von der notwendigen Begrenzung des deutschen und europäischen West-Ost-Prosperitätsgefälles bis zu der größer werdenden Zahl von Zuwanderern, von veränderten – und wohl teureren – Rahmenbedingungen der internationalen Politik bis zur Überdehnung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme.

Kurt Biedenkopf hat richtig beobachtet, daß die Delegierung gesellschaftlicher Solidarität an zwangsläufig bürokratische Institutionen von vielen Betroffenen als „soziale Kälte“ empfunden wird. Die tiefere Ursache von Verunsicherung aber ist, daß auf die Hilfen, die diese Systeme objektiv bieten, immer weniger Verlaß ist. Sozialversicherung, Kündigungsschutz und Mitbestimmung sind noch Grundpfeiler des Sozialstaats, aber sie bekommen Risse. Die weitgehende Sicherheit, die sie vor unverschuldeten Lebensrisiken in der kapitalistischen Marktwirtschaft bieten, wird – der Realität vorgreifend – schon vermißt. Wer im schwedischen Wohlfahrtsstaat und im „Modell Deutschland“ den dritten Weg zwischen diktatorischem Sozialismus und rücksichtslosem Kapitalismus erkennen konnte, der muß nun das absehbare Ende dieses Weges befürchten.

In Ostdeutschland existierte eine vom Weltmarkt abgeschottete, fast künstliche Wirtschaft mit einer nur trügerischen Sicherheit. Im Westen geht eine fast elfjährige, durch den Einheitsboom verlängerte Phase der Hochkonjunktur zu Ende. Die Deutschen stehen vor ungeahnten Veränderungen. In den neuen Ländern ist außer den Jahreszeiten alles anders, als es noch vor drei Jahren war; aber auch im Westen wird der Staat nicht mehr Rettungsanker bei allen Problemen bleiben können. (Undenkbar, daß z. B. die aktuelle Stahlkrise noch einmal so gelöst wird wie in den sechziger Jahren.) Die Bundesregierung hat das nicht an dem Versprechen gehindert, niemandem werde es schlechter gehen, wenn erst die Einheit vollzogen sei.

Die Kritik an der politischen Gestaltung der Einheit hat von Anfang an darauf gezielt, daß wir es zwar mit völlig veränderten Problemen zu tun haben, die Bundesregierung aber an hergebrachten Verfahren und Rezepten festhält. Das erinnert an den Arzt, der trotz einer neuen Diagnose weiter die bisherigen Medikamente verschreibt. Diese Kluft zwischen der Realität und ihrer falschen Wahrnehmung führt zur Selbstblockade der Politik. Die Regierung sah sich 1990 nicht in der Lage, offen und ehrlich Einschränkungen zu verlangen. Sie ignorierte die Bereitschaft dazu, weil sie vor dem Hintergrund der Individualisierung und der

auch von ihr politisch betriebenen Stärkung des partikularen und individuellen Egoismus an diese Bereitschaft der Menschen nicht glauben konnte. Jetzt aber wird möglicherweise einschneidenderer Verzicht verordnet, als vor drei Jahren notwendig gewesen wäre. So wird der Wille und die Bereitschaft vieler Menschen, die unerhörte Begebenheit der Einheit Deutschlands anzunehmen, auf eine harte Probe gestellt.

3. Außen- und Verteidigungspolitik

Aber die Liste der fälligen Paradigmenwechsel ist noch länger:

Für beide deutsche Staaten hatte die Außen- und Verteidigungspolitik einen besonders hohen Stellenwert, in beiden hat sie die Bürger entsprechend stark interessiert. Das Interesse der Regierten hatte dabei ebenso verschiedene Motive wie die Gründe der Regierenden verschieden waren. Trotzdem sind seit den späten sechziger Jahren in einem mühsamen Prozeß außenpolitische Ziele und Werte konsensfähig geworden, die heute ungeprüft vernachlässigt werden.

40 Jahre lang gab es keine wirklich militärische Rolle der Bundesrepublik Deutschland außerhalb des NATO-Gebiets; stolz propagierte die Bundeswehr ein Selbstverständnis, daß die Soldaten ihr Handwerk nur erlernten, um es niemals ausüben zu müssen. Jetzt aber wird wie selbstverständlich der Erprobung deutschen militärischen Handwerks in aller Welt das Wort geredet, und die Soldaten sind bereits in Afrika unterwegs. Das atomare Gleichgewicht des Schreckens in der bipolaren Welt hatte zu einer Außenpolitik der Entspannung, des Aushandelns, der Zusammenarbeit über bestehende Gegensätze und potentielle Feindseligkeiten hinweg gezwungen; jetzt werden in Europa Konflikte wieder mit archaischer Gewalt ausgetragen, obwohl die atomare Drohung fortbesteht.

Welch ein weiter Weg liegt zwischen den Debatten der siebziger und achtziger Jahre, wie aus dem bestehenden „Nicht-Krieg“ ein Zustand des „wirklichen“ Friedens gestaltet werden könne, und unserer heutigen Ohnmacht angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Mir fehlt die umfassende gesellschaftliche Debatte darüber, ob und warum die Werte und die Moralität der Verständigungspolitik verlassen werden sollten, ob nicht lediglich andere Instrumente ziviler, nichtmilitärischer deutscher Außenpolitik gefunden werden müssen. Die Bonner Politik verweigert diesen politischen Diskurs, solange sie solche Grundfragen allein durch das Verfassungsgericht auszufeuchten versucht.

III. Aktion und Reaktion von Regierung und Opposition auf die Paradigmenwechsel

Aktion und Reaktion der Regierungspolitik auf diese Umbrüche sind kurzatmig, wechselhaft schwankend zwischen aktionistischem Pragmatismus und Abwarten. Auch der Opposition gelang es bisher nicht, ein Gegenbild zu entwerfen, weil sie lieber am Gewohnten festzuhalten scheint, als sich auf die neue Realität konsequent einzustellen. Im Gegensatz dazu spüren die Bürger, daß die so vorgegaukelte Sicherheit trügerisch ist. Sie erkennen die alltäglichen Veränderungen und fragen sich besorgt, wann Bonn oder die Landesregierungen endlich darauf reagieren werden. Sie wissen längst, daß der Arzt die falschen Medikamente verschreibt. Deshalb verlieren sie die Lust, zwischen den Parteien zu unterscheiden, deshalb kam die Vokabel Politikverdrossenheit in aller Munde.

1. Die beiden großen Volksparteien CDU und SPD

Und doch unterscheiden sich die Parteien in der Art und Weise ihres Umgangs mit der veränderten Welt. Die Volkspartei CDU erlebt einen Mißerfolg nach dem anderen bei ihren ständigen Versuchen, sich und den Wählern diese komplizierte neue Welt schönzureden. Immer wieder muß sie über Nacht den Kurs wechseln, eine „Stunde der Wahrheit“ ausrufen, nach der nichts mehr gilt, was gestern noch beschworen wurde. Aus „Keine Steuererhöhungen“ wurden erst Abgabenerhöhungen und dann spürbare Steuererhöhungen; aus „blühenden ostdeutschen Landschaften in zwei bis drei Jahren“ wurde „die Rettung industrieller Kerne“, tatsächlich eine ostdeutsche Industriebranche innerhalb von knapp 36 Monaten; aus „Keinem wird es schlechter gehen“ wird ein drastisches sozialpolitisches Sparpaket; aus einem Solidarpakt wurde ein föderales Haushaltskonsolidierungsprogramm. Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik, beim Arbeitslosengeld und der Sozialhilfe um 21 Mrd. DM sind jetzt Beschlußlage der Koalitionsparteien. Die versprochene Begrenzung der Neuverschuldung bleibt dennoch aus. Dieser führungslose, kurzatmige Pragmatismus bestimmt auch das Entscheidungsverhalten in so grundlegenden Fragen wie der des Asylrechts oder des „großen Lauschangriffs“. Besinnungslose Anpassung an eine vermeintliche Wirklichkeit wird ohne Prüfung anderer Lösungswege vollzogen.

Die SPD erlebt ihre Niederlagen auf ganz andere Weise. Sie diskutiert – oft stellvertretend für

die ganze Gesellschaft – und offenbart so das Spannungsverhältnis zwischen programmatischem Wunsch und Pragmatismus erheischender Wirklichkeit in den eigenen Reihen. Das dramatischste Beispiel dafür ist die Zuwanderungspolitik. Einerseits sind die Lehren der antifaschistischen Emigration in der SPD äußerst lebendig, andererseits aber werden weder die Wähler mental noch die Gemeinden finanziell und organisatorisch mit der Zuwanderung fertig. Tanker können keine spitzen Kurven fahren, und so bleiben manche Antworten zu lange aus und andere wurden den Zielen der Regierung zu ähnlich. Enttäuschte Abwendung trat an die Stelle interessierter Aufmerksamkeit.

Das Fazit des bisher Gesagten: Es kann nicht länger darum gehen, sogenannte Politikverdrossenheit zu beklagen. Die Bürger wenden sich nicht von Politik oder den Parteien schlechthin ab, sondern sie erkennen und empfinden, daß in viel zu großem Ausmaß auf eine neue Realität mit alten Verfahren und Rezepturen reagiert wird. Gefährlich wird diese Entwicklung erst dann, wenn wir uns weiterhin dem Umbruch nicht in ausreichendem Maße stellen.

2. Veränderung: Voraussetzung für Bewahrung

Neben dem Paradigmenwechsel werden die Strukturen insbesondere der Volksparteien zunehmend problematisch. Während sich die Gesellschaft zunehmend ausdifferenziert und segmentiert, müssen die großen Parteien wegen ihres eigenen Anspruchs weiter versuchen, möglichst viele Interessen zu bündeln und parallel zu vertreten. Die Entdeckung der „sozialen Milieus“ durch die bekannten Sinus-Studien und andere zeigt, wie schwierig dieser Versuch inzwischen geworden ist.

Auf die Tatsache, daß Politik nur ein Lebensbereich unter vielen ist, haben die Parteien mit ihrem Allzuständigkeitsanspruch noch keine Antwort gefunden. Viele Menschen engagieren sich lieber in Bürgerinitiativen als in Parteien. Das Engagement ist punktueller; unmittelbare Betroffenheit setzt Energien frei, und man kann sich spätestens dann anderen Dingen zuwenden, wenn der Streit um ein Verkehrsprojekt, ein Naturschutzgebiet, ein Bauvorhaben, einen Truppenübungsplatz oder ein neues Gesetz beendet ist. Die SPD hat dieses Defizit gerade zu schließen begonnen. Durch eine für die Satzung der Partei vorgeschlagene Mitbestimmung der Mitglieder bei Personal- und wesentlichen Richtungsentscheidungen kann die Parteimitgliedschaft wieder attraktiver werden.

Angesichts der Umwälzungen und Ungleichzeitigkeiten in Deutschland und Europa, angesichts des

wachsenden ökologischen Problemdrucks und der größer werdenden Kluft zwischen dem Norden und dem Süden der Erde kann das Festhalten am Gewohnten keine kompetenten Lösungen anbieten. Die Erhard Eppler zugeschriebene Einsicht, daß Bewahrung Veränderung voraussetzt, wird sich als die zutreffende herausstellen.

Die Mitgliederbefragung wird die SPD verändern. Der Parteivorstand in Bonn oder in den Bezirken wird nicht mehr allein von den Funktionären und den auf ihnen lastenden Zwängen abhängig sein. Diese müssen ihre Arbeit und ihr Selbstverständnis neu bestimmen. Parteiarbeit wird dadurch eher attraktiver werden, weil die Partei offener wird. Das käme denjenigen entgegen, die nicht zuletzt wegen hoher beruflicher Leistungsanforderungen nur gelegentlich in die Politik eingreifen möchten. Optimal wären die Folgen, wenn die Fähigkeit der Partei wachsen würde, aus der unmittelbaren Kommunikation mit anderen mehrheitliche Stimmungen und Interessen früher zu erkennen. Die verheerende Herrschaft anonymer und einseitiger Demoskopie über die Politik könnte begrenzt werden.

Auch die Medien, die längst nicht mehr dem Ethos der Vierten Gewalt, sondern den harten Gesetzen des Wettbewerbs unterworfen sind, verlören ihr Monopol auf die Vermittlung zwischen Wähler und Politik. Das alles wird nicht von heute auf morgen geschehen. Die Übellaunigkeit gegenüber der Politik wird sich folglich noch eine Weile halten, aber ein Anfang ist gemacht.

Diese Übellaunigkeit hat schließlich noch weitere Ursachen: Auf die rechtsextremistische Gewalt wissen wir keine abschließende Antwort. Auf die Arbeitslosigkeit reagiert die Bundesregierung nur noch mit der Ankündigung ihres weiteren Anwachsens. Die tiefe Kluft zwischen Ost- und Westdeutschen wird erfahrbarer, der Wunsch Willy Brandts, daß jetzt zusammenwachsen möge, was zusammengehöre, erfüllt sich derzeit nicht.

IV. Die Aufgaben der Politik angesichts des schwächer werdenden Zusammenhalts der Gesellschaft

Das alles sind Folgen und Indikatoren für die schwindende Integrationskraft, den schwächer werdenden Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Individualisierung als ein Kennzeichen aller hochentwickelten Industriegesellschaften stellt sehr hohe Anforderungen an die Menschen, an ihre Entscheidungsfähigkeit und ihre Orientierung. Sie

sind mit nahezu allen wesentlichen Lebensentscheidungen auf sich selbst gestellt. Das Signal lautet, jeder sei sich selbst der Nächste, das Wichtigste sei nicht, richtig zu handeln, sondern sich erfolgreich durchzusetzen. Da aber dieser Verlust an gesellschaftlicher Orientierung mit den krisenhaften Umbrüchen und Paradigmenwechseln unserer aufregenden Zeit korrespondiert, kumuliert sie in einer Befindlichkeit der Verwirrung, der Unsicherheit und der Überforderungsängste. Die „Risikogesellschaft“ ist offensichtlich kein Paradies.

Menschen wenden sich in ihrer Suche nach Orientierung zu Recht auch an die Politik und an Politiker. Unsympathisch ist es vielleicht nicht, daß auch die sogenannte Politische Klasse eher mit der Suche nach Orientierung befaßt ist als mit entsprechenden Vorschlägen. Unsere Aufgabe erfüllen wir damit allerdings nicht. Eine authentischere Sprache, der Mut zur Unterscheidbarkeit, zur Kontroverse, eine Zurücknahme des Technokratischen und Verrechtlichten in der Selbstdarstellung der Parteien löste noch keines der Probleme des Umbruchs, brächte aber Volk und Volksvertreter einander wieder näher.

Wir diskutieren nicht über Werte und Gestaltungsmöglichkeiten, sondern versuchen uns in technisch und pragmatisch perfekten Regelungen. Die politische Entscheidung muß wieder sehr viel mehr eine Richtungs- und Werteentscheidung werden. Nur dann können die Parteien in der Kontroverse wieder Ideale anbieten, für die Engagement lohnend erscheint. Philip Rosenthal hat sicher recht, wenn er sagt, er sei Hitlerjunge geworden, weil die demokratischen Parteien keine Ideale anzubieten hatten. Die Jugend folge dann eben falschen Idealen, warnt er die demokratischen Parteien heute. Das ist ein eindringlicher Appell, den demokratischen Grundkonsens immer wieder neu zu stiften.

Es gibt viele Wünsche und Hoffnungen, die wir Politiker nicht erfüllen können, und die Erfahrung der eigenen Ohnmacht ist für jeden Politiker schmerzlich. Die Grenzen der politischen Handlungsspielräume können wir aber den Menschen nur erklären, wenn die tatsächlichen Handlungen akzeptabel sind. Ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung mag das illustrieren:

Ich sah mich einer Versammlung unzufriedener Mieter im Osten Berlins gegenüber, denen ich zu erklären hatte, daß es in der nun westdeutschen Art, Wohnungen zu finanzieren, unmöglich ist, ganz auf Mieterhöhungen zu verzichten. Die PDS, die zu der Versammlung mobilisiert hatte, gönnte sich, wie immer, die leichte aber unverantwortliche Rolle des Sozialpopulisten. Nicht „mit dem Gesicht zum Volke“ steht sie dann da, sondern „dem Volke nach dem Munde“ redet sie bloß. Die

PDS weiß, daß sie nie wieder politische Verantwortung tragen müssen; sie kann sich deshalb leisten, alles auf einmal zu versprechen: rasche Wohnungsmodernisierung, schnelles Ende der Wohnungsnot und Mieten auf DDR-Niveau. Die Frage nach der Finanzierung stellt sich dabei kaum oder wird leichter Hand durch Verweis auf andere Etats abgetan. Die jubelnden Anhänger der PDS vergessen nur zu rasch, daß es der SED 40 Jahre lang nicht gelungen war, das Recht auf Wohnung zu verwirklichen. Der so geschürte falsche Glaube hilft niemandem, sondern vermehrt am Ende nur die Enttäuschung. In dem Meinungsklima einer solchen Veranstaltung ist verantwortliche, verantwortbare Politik, die sich stets in einem Rahmen relativer machtpolitischer Möglichkeiten und begrenzter finanzieller Machbarkeiten bewegt, nur noch schwer zu vermitteln. Und trotzdem ist dieser Versuch gerade auch in einer Atmosphäre gleichermaßen heftiger Wünsche und Enttäuschungen immer wieder neu zu unternehmen.

Sonst sind Politiker meistens selbst dafür verantwortlich, wenn ihnen Grenzen ihres Einflusses entweder nicht geglaubt oder kritisch angekreidet werden. Ihre rhetorische Omnipotenz hält der Wirklichkeit nicht Stand. Trotz der verschleiern den Reden mancher Amtsträger wissen die Wählerinnen und Wähler zumeist sehr gut, wann ihnen gerade Sand in die Augen gestreut wird. Beispiele gibt es genug: Die Zukunft zu sichern, ist ein unverbindlicher Werbespruch: Welche Sicherheit ist gemeint? Die vor Kriminalität und Gewalt? Hat denn derjenige, der sie verspricht, auch beantwortet, wie er z.B. das Geld für eine materiell und personell besser ausgestattete, bürgernahe und freundliche Polizei beschafft? Oder ist die soziale Sicherheit gemeint? Wie vertragen sich dann aber Einschnitte in das soziale Netz mit diesem Versprechen? Beliebt ist in diesem Zusammenhang der Verweis auf die nötige Stärkung des Marktes und der Wirtschaftskraft. Aber verspricht eine so werbende Partei Sicherheit für den kleinen und mittelständischen Unternehmer, den die Rezession in den finanziellen Ruin treibt?

Selbstorganisation, Eigenarbeit sind Begriffe, die im letzten Jahrzehnt den westdeutschen Sprachschatz bereichert haben und auch in der DDR Zuprspruch fanden. Sie beinhalten früher Selbstverständliches. Solange Menschen in wechselseitigen Abhängigkeiten zusammenleben, wird nicht nur aus der Gemeinschaft genommen, sondern auch etwas in die Gemeinschaft gegeben. John F. Kennedy hat schon Anfang der sechziger Jahre daran erinnert: „Fragt nicht, was der Staat Euch gibt, sondern fragt Euch, was Ihr dem Staat geben könnt.“

Da offenbar nichts neu ist in der Geschichte, kann ich auch mit einem noch viel älteren Zitat dienen. In seinem berühmten Gesellschaftsvertrag schreibt Jean-Jacques Rousseau: „Sobald die öffentliche Betätigung im Dienste des Staates aufhört, die Hauptangelegenheit der Staatsbürger zu sein, und sie ihm lieber mit ihrem Geld als mit ihrer Person dienen, ist der Staat schon seinem Untergang nahe. Zum Kampf schicken sie Söldner und bleiben zu Hause, zur Beratung ernennen sie Abgeordnete und bleiben wieder zu Hause. Durch ihre Trägheit und ihr Geld haben sie schließlich Soldaten, die das Vaterland unterjochen, und Volksvertreter, die es dann verkaufen.“

Der Versuch, die mündigen Bürger stärker an der politischen Willensbildung auch zwischen den Wahlen zu beteiligen, ist von der konservativen Mehrheit der Gemeinsamen Verfassungskommission vereitelt worden. Eine wichtige Chance ist vertan worden, durch Einführung von Formen direkter Bürgerbeteiligung in das Grundgesetz unsere Demokratie zu verlebendigen! Die Erfahrungen des DDR-Herbstes 1989 (aber auch der bayrischen Praxis von Volksbegehren) zeigen: Es ist hoch an der Zeit, „das Volk“ stärker an politischen Entscheidungen zu beteiligen, ihm verbrieft Rechte dazu einzuräumen.

V. Neue Kapitalismuskritik anstelle von westlichem Triumphalismus

Vieles, was wir beklagen – Egoismus, Vereinzelung, Bürokratisierung –, sind Triebkräfte oder gar Wesensmerkmale der marktwirtschaftlichen Gesellschaft. Die Kritik an diesen Symptomen müßte folgerichtig zu einer neuen Kapitalismuskritik werden. Das aber paßt (noch) nicht in die Zeit des westlichen Triumphalismus. Die Erkenntnis, daß die Marktwirtschaft den Systemwettstreit gar nicht gewonnen hat, sondern daß sie bloß übriggeblieben ist, muß sich erst noch Bahn brechen.

Wir leben in Europa in einem Zwischenstadium: Alles ist offen, nichts steht fest, kaum etwas wird bleiben, wie es in den letzten Jahrzehnten war. Eine für Intellektuelle, Jugendliche und alle Neugierigen spannende Lage, sollte man meinen; aber die Freude bleibt doch arg verhalten. Es überwiegen die Sorgen derjenigen, die befürchten, daß Veränderung vielfach Verschlechterung bedeuten kann und wird. Wenn einer Gesellschaft, in der alles käuflich ist und an spezialisierte Instanzen delegiert werden kann, das Geld zum Kaufen und

Delegieren ausgeht, befindet sie sich in einer Krise: subjektiv und tatsächlich. Die Voraussetzung für den zum Egoismus überdrehten Individualismus war der wachsende Reichtum. Individuelle Unabhängigkeit, die Befreiung von den lästigen Bindungen oft intoleranter Gemeinschaften, Familien, Nachbarschaften, die für das Angebot der Geborgenheit und Verwurzelung den Preis schwer erträglicher Kontrolle verlangen, bedarf entweder des Konsumverzichts oder aber hinreichender materieller Ausstattung und sozialer Entpflichtung der einzelnen.

Wir spüren, daß wir den dabei und dazu erreichten Standard kaum werden halten können, und wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen. Die sozialen und individuellen „Techniken“ für die Bewältigung dieses Umbruchs stehen uns anscheinend nicht mehr zur Verfügung. Möglicherweise sind sie bei den Ostdeutschen mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in einer Mangelgesellschaft leichter zu reaktivieren, als bei allen anderen. Gelingt das, könnte sich der Verdruß an der Politik rasch wieder legen.

VI. Fazit

Die Politik kann – selbstverständlich – nicht ungleich besser sein als die Gesellschaft, aus der sie ihr Personal bezieht. Sie kann den Umbruch allein überhaupt nicht bewältigen. Aber sie muß wenigstens damit beginnen, die Kräfte, die wir alle dafür brauchen, freizusetzen. Sie kann und soll klare und verlässliche Rahmenbedingungen für das Wirtschaften und das Zusammenleben der Menschen schaffen durch Gesetze und Maßnahmen. Jede Politik wird scheitern, die ihre Entscheidungen nicht begründen, ihr Konzept nicht darlegen, ihre Ziele nicht definieren kann. Nur wer ein auf Grundwerten basierendes Konzept hat, wird beweisen können, daß Parteienverdrossenheit noch nicht die Abkehr der Bürger von der Demokratie bedeutet.

Entwarnung kann aber nicht gegeben werden. Rechtsextreme Jugendliche und Wähler, die falschen Idealen folgen, sind ein Alarmzeichen erster Ordnung. Der 30-Prozent-Anteil der Nichtwähler ist dagegen keine Katastrophe für die Demokratie, aber eine für die Politik. Sie leidet offensichtlich so an Konturenlosigkeit, daß sich auch gut informierte und engagierte Bürger nicht mehr zwischen den politischen Angeboten entscheiden können.

Die Zeit ist reif für ein neues, gesellschaftspolitisches Reformprogramm, das die gegenwärtigen Debatten von ihrer Oberflächlichkeit befreit, sich den Zukunftserwartungen stellt, Verkru- stungen aufbricht und Perspektiven öffnet. Ziele sind die ökologische Umorientierung der In- dustriegesellschaft, die Sicherung des Sozial- staates, ein einfacheres, aber gerechteres Steuer- system.

Notwendig ist auch die Bündelung der Kräfte, die unser Wirtschaftsleben bestimmen, das heißt die

richtige Kombination staatlicher und privatwirt- schaftlicher Verantwortung bei Forschung, Infra- strukturausbau, Technologiepolitik, Bildung und Ausbildung, um wieder Beschäftigung zu schaffen und den Standort Deutschland zu sichern. Krimi- nalitätsbekämpfung und eine wohlverstandene Förderung des geistigen und kulturellen Lebens und nicht zuletzt die Beteiligung der Bürger auch zwischen den Wahlen an grundlegenden Entschei- dungen, wie zum Beispiel dem „out-of-area“-Ein- satz der Bundeswehr, sind weitere Aufgaben eines solchen Reformprogramms.

An der Schwelle zu einer neuen Epoche Die Vision der Verantwortungsgesellschaft

Orientierung auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und Europas

I. Vorbemerkungen

Allmählich erst werden uns die Folgen des Jahres 1989 bewußt. Damals schienen die Ereignisse der Novemberwochen fast unwirklich; wir konnten kaum glauben, was geschah, und wir mochten es einfach nicht fassen: Das „Unmögliche verwandelte sich in das Mögliche und der Traum in Wirklichkeit“¹. Der Fall der Mauer, die Befreiung Mittel- und Osteuropas und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes faszinierten uns, und doch erlebten wir Westdeutsche das Geschehen wie die Zuschauer eines großen Schauspiels: Wir litten, hofften und ängstigten uns mit den Akteuren, aber wir waren – distanzierte – Zuschauer.

Viele glaubten, daß dies auch so bleiben würde. Sie sprachen zwar im Hochgefühl von der Revolution des Jahres 1989, machten sich aber nicht klar, daß Revolutionen komplizierte Prozesse sind, die in Phasen verlaufen und über lange Zeit andauern. Erst nach und nach rückt uns diese Tatsache ins Bewußtsein. Plötzlich stellen wir fest: Die Revolution, die 1989 begann, ist noch längst nicht abgeschlossen, ja sie hat offenbar gerade erst begonnen.

II. Der Epochenbruch wirft neue Fragen auf

Mehr und mehr Menschen spüren: Wir stehen in Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche², und damit drängen sich neue Fragen auf: Ist der schreckliche Krieg im ehemaligen Jugoslawien der Beginn einer Kette kriegerischer Auseinandersetzungen in Mittel- und Osteuropa, oder wird es uns gelingen, neue Ordnungsstrukturen zu schaffen, die Stabilität und Frieden gewährleisten können? Und noch eine andere Frage steht plötzlich vor

uns: Wollen wir dort, wo bis vor kurzem eine Mauer aus Beton und Stacheldraht den Kontinent teilte, eine neue Mauer bauen, eine Wohlstandsgrenze zementieren, die erneut den Kontinent spaltet und das Europa der Reichen von dem Europa der Armen abschottet?

Über Nacht hat es die deutsche Politik erstmals seit langer Zeit wieder mit wirklichen Problemen zu tun. Wir stehen vor wahrhaft gewaltigen Herausforderungen. Die Deutschen tun sich schwer in dieser Situation. Verwöhnt von einem über vierzig Jahre geschenkten Frieden und einem über vier Jahrzehnte genossenen Wohlstand, möchten viele von uns am liebsten die Augen verschließen vor so vielen neuen Problemen – nicht nur, weil niemand von seinem Wohlstand etwas abgeben möchte: Die Deutschen fühlen sich in jeder Hinsicht überfordert von der *neuen Rolle*, die unserem Land gleichsam von heute auf morgen zugewachsen ist.

Über mindestens zwei Jahrzehnte beschäftigte sich die deutsche Politik vorrangig damit, ein in allen Bereichen erzieltes hohes Niveau zu überbieten. Zuwächse konnten verteilt, Probleme in der Regel mit Geldscheinen zugedeckt werden. Was als politische Leistung zu würdigen war, definierte sich über den Wert und die Höhe finanzieller Zuwendungen. Wer als Politiker Zuschüsse nach Hause brachte, war anerkannt und sich der Zustimmung sicher. Das Programm der deutschen Politik hieß: Luxusmodernisierungen in allen Bereichen. Kein noch so hohes Niveau stellte uns zufrieden; wo viel war, wurde mehr erwartet. Diese Einstellung ging nicht selten mit einer gewissen Attitüde der Weinerlichkeit und des Weltschmerzes einher.

Jetzt ist die Welt eine völlig andere geworden. Spätestens seit 1989 ist das Schicksal Deutschlands und Westeuropas auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa verwoben. Die tatkräftige Hilfe beim Aufbau der ökonomisch – und allzuoft auch moralisch – zerrütteten mittel- und osteuropäischen Länder liegt im originären Interesse Westeuropas, vor allem der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist zu einer existentiellen und unmittelbaren Herausforderung für uns Deutsche geworden. Die Politik der Bundesrepublik kennt auf absehbare Zeit keine wichtigere Priorität, als

1 Václav Havel, Angst vor der Freiheit. Reden des Staatspräsidenten, Reinbek 1991, S. 60.

2 Vgl. Christoph Böhr, Scheitelpunkte der Geschichte. „Cette terre est libre“: Epochenschwellen 1792 und 1992, in: Luxemburger Wort vom 14. Januar 1993.

ihren Beitrag zu leisten auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und Europas. Alles andere hat demgegenüber zurückzustehen.

Die Bewältigung dieser Herausforderung ist für wahr nicht nur eine moralische Pflicht. Zunächst und vor allem ist die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands und Europas geboten in unserem eigenen, elementaren deutschen Interesse. Wer sich dieser Aufgabe verweigert und statt dessen mit der Errichtung einer neuen Wohlstandsgrenze quer durch den Kontinent liebäugelt, muß sich die Folgen vor Augen führen: Er provoziert gewaltige Wanderungsbewegungen, Flüchtlingsströme und eine unübersehbare Migration. Kein Asylgesetz, keine Verfassungsänderung und keine Grundgesetzweiterung werden geeignet sein, angesichts der gewaltigen Dimension solcher Flüchtlingsströme regulierend zu wirken. Und mehr noch: Wenn den Menschen in Mittel- und Osteuropa versagt bleibt, eine auf westeuropäische Anschubhilfe gründende erträgliche Zukunftsperspektive zu entwickeln, werden Destabilisierung und Krieg die unmittelbare Folge sein. Unweigerlich würde Deutschland, das von Nord nach Süd eine gemeinsame Grenze mit mitteleuropäischen Ländern hat, in solche krisenhafte Entwicklungen hineingezogen.

III. Die mitteleuropäische Revolution von 1989 hat Westdeutschland erreicht

Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche. Schon jetzt zeigt sich, daß die großen Herausforderungen der nächsten Jahre – vielleicht der nächsten Jahrzehnte – ohne eine Revolution in unserem eigenen politischen Denken nicht zu bewältigen sein werden. Wir dürfen uns nicht länger als Unbeteiligte fühlen. Die europäische Revolution, die 1989 begonnen hat, unterscheidet nicht zwischen Akteuren und Zuschauern. Auch wir, die Westdeutschen, gehören zu den Akteuren. Und die westdeutsche Gesellschaft wird von den revolutionären Umbrüchen ebenso erfaßt, wie die Gesellschaften in den ehemaligen sozialistischen Diktaturen in den Sog des Umbruchs geraten sind³.

So wenig wir bis heute die geistige Herausforderung dieses Epochenumbruchs verstanden haben, so sehr scheuen wir uns, in aller Nüchternheit die von uns zu Recht erwartete wirtschaftliche und finanzielle Hilfe in den Blick zu nehmen. Die

³ Vgl. Christian Hacke, Deutschland und die neue Weltordnung. Zwischen innenpolitischer Überforderung und außenpolitischen Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/92, S. 3 ff..

finanzpolitische Dimension der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, so weit sie heute überhaupt schon abzusehen ist, wird zu einer namhaften Umschichtung führen und erhebliche Finanzströme zu Lasten der alten Bundesländer in die jungen Länder lenken. Um ein vielfaches größer ist die finanzpolitische Dimension der von Deutschland erwarteten und von Deutschland im eigenen Interesse zu erbringenden Anschubhilfe zugunsten der Länder Mittel- und Osteuropas.

Die allererste, wichtigste und in jeder Hinsicht unabdingbare Priorität der deutschen Politik muß deshalb sein, Mittel- und Osteuropa vor einem Scheitern von Demokratie und Marktwirtschaft bewahren zu helfen. Bis heute verkennen wir häufig, wie groß angesichts des Umbruchs in ganz Europa die Verführung ist, den rechten Umgang mit der neu gewonnenen Freiheit zu verfehlen: Viele Menschen in den ehemaligen kommunistischen Diktaturen sehnen sich nach der alten Ordnung der Unfreiheit zurück, andere neigen dazu, Freiheit zu radikalieren und damit den Weg in eine neue Unfreiheit zu ebnen. Die lang ersehnte Freiheit gerät ihnen jetzt zu einer fast erdrückenden Last.

In einer zum Teil durchaus vergleichbaren Situation des Übergangs befinden sich inzwischen auch die Westdeutschen. Auch unsere traditionellen Verhaltensorientierungen verlieren an Bedeutung, scheinen wertlos zu werden, und wir tun uns sehr schwer, ein neues Koordinatensystem zu finden, wo alles im Fluß zu sein scheint. Mit dem Tag der Vereinigung ist eine Welt zerbrochen, in der sich für Westdeutsche gut leben ließ. Die Zeit der Ost-West-Polarisierung machte es einfach, die Welt zu verstehen; alles schien klar. Jetzt kippt die europäische Politik in Konstellationen des 19. Jahrhunderts, Konstellationen, die niemand mehr kennt, weil sie zu lehren und zu lernen seit langem für überflüssig gehalten wurde. Was weiß die heutige Generation der Vierzigjährigen schon über die historischen Belastungen des Verhältnisses zwischen Serben und Kroaten? Was wissen wir über die deutsche Minderheit in Polen, die ungarische Minderheit in Rumänien und die geschichtliche Belastung des Verhältnisses zwischen Bulgaren und Türken? Darüber zu sprechen galt uns viele Jahrzehnte als Zeitvergeudung, als Anachronismus. Das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorbei, hieß es. Jetzt reiben wir uns die Augen und stellen fest, daß es offenbar eine Illusion war zu glauben, man könne Völkern ihre nationale Identität nehmen. Damit aber ist des Wunders noch nicht genug: Nicht nur Nationalstaaten konstituieren sich neu, sondern auch Regionen beginnen – zum Teil grenzübergreifend –, Autonomie zu beanspruchen.

Auch im Inneren unseres Landes ist eine neue Situation entstanden: Wir begegnen anderen Mentalitäten, anderen kulturellen Traditionen, anderen Gebräuchen, Gewohnheiten und Dialekten. Der lange verschlossene Teil Europas hat sich uns geöffnet. Tabus sind gefallen. In diese Offenheit gestellt, weiß niemand so recht, wie mit der neuen Freiheit umzugehen ist⁴. Eine Gesellschaft, die sich weithin selbst im Besitzstandsdenken vermauert hat, tut sich schwer, eine so fundamental veränderte Perspektive von Politik anzunehmen. So verständlich die ablehnende Reaktion gegenüber den „Folgen einer unerhörten Begebenheit“⁵, der Vereinigung, ist, so nachvollziehbar die Skepsis gegenüber den Vorböten der in den Maastrichter Verträgen angepeilten europäischen politischen Union sein mag – wenn man beides als Ausdruck einer Orientierungskrise versteht, die sich als Folge einer notwendig gewordenen Neuorientierung ergibt –, so sehr bleibt doch ein Unbehagen angesichts einer weit um sich greifenden Mentalität, die – vor allem in Westdeutschland – nahezu ausschließlich auf die Wahrung des eigenen Besitzstandes abzielt.

Hierin zeigt sich auch die Folge maßloser Wohlstandsverwöhnung, die oft mit provinziellem Denken und kleinbürgerlicher Verantwortungsscheu einhergeht. Natürlich war für viele Westdeutsche der Kalte Krieg – und vor allem dann die Epoche der siebziger und achtziger Jahre – die Zeit einer politischen Idylle, in der man weitgehend davon entbunden war, über die Bewältigung außenpolitischer Risiken und Krisen nachdenken zu müssen. Die Welt war nicht nur geordnet, übersichtlich und verstehbar, es war auch klar, wer im Falle einer Krise geradezustehen hatte. Die Westdeutschen gefielen sich vorzugsweise in der – etwa von Hermann Lübbe wiederholt scharf kritisierten – Attitüde des politischen Moralisten, der den Großmächten sagte, was sie gefälligst zu tun und zu lassen hatten. Deutsche Verantwortung war die des Kolumnisten, des Kommentators, des Rezensenten. Andere schrieben das Drehbuch, wir gefielen uns in der Rolle des Zuschauers, der die Qualität des Stückes beurteilt. So kann es nicht verwundern, daß verantwortungsethische Einstellungen bei uns nicht gerade günstige Aufnahme fanden. Was es bedeutet – innen- wie außenpolitisch –, Verantwortung in einer Risikogesellschaft wahrzunehmen, drang in den vergangenen Jahren wenig in das öffentliche Bewußtsein. Vereinzelt Appelle, Risikokompetenz und Verantwortungsfähig-

keit des Bürgers durch ordnungspolitisches Handeln zu stärken⁶, verhallten weitgehend ungehört. Beschaulichkeit war statt dessen angesagt, eine Beschaulichkeit, die auf höchstem Wohlstandsniveau aufbaute. Die Jugendprotestbewegungen der sechziger und achtziger Jahre in Westdeutschland erklären sich zu einem erheblichen Teil als Reflex auf die Befindlichkeiten der Wohlstandsgesellschaft.

Besitzstandsdenken und Anspruchsspirale sind in unserer Gesellschaft seit langem eine unselige Verquickung eingegangen. Allenthalben führt dies zum Immobilismus: Bürgergruppen blockieren sich wechselseitig, wenn es um die Durchsetzung wichtiger Projekte der Stadtplanung oder Stadtentwicklung geht. Die Ausweisung eines neuen Kinderspielplatzes ist wegen der damit verbundenen Lärmbelästigung nur noch in einem kommunalpolitischen Kraftakt möglich. Unsere Innenstädte sollen lebendig, attraktiv und voller Leben sein – bis in die späten Abendstunden –, aber in den Straßen und auf den Plätzen muß ab acht Uhr abends Totenstille herrschen, damit kein Anlieger in seiner Ruhe gestört wird. Zahlreiche Bürgerinitiativen fordern einen verbesserten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, verhindern aber mit aller Macht, daß der Bus durch die eigene Straße fährt. Von Vorhaben wie dem der Gesundheitsreform oder des Länderfinanzausgleichs sei hier gar nicht gesprochen.

Abhilfe tut not, doch es herrscht Ratlosigkeit: Die Steuerung des politischen Systems durch die dafür vorgesehenen Institutionen, die Parteien, funktioniert zunehmend schlechter. Diese innere Erstarrung ist die Folge einer moralischen Krise, in der sich die westdeutsche Wohlstandsdemokratie seit geraumer Zeit befindet. Um so mehr bedarf es heute klarer Kriterien und Prinzipien, die politische Entscheidungen nachvollziehbar machen. Je dramatischer sich die finanziellen Probleme der kommenden Jahre zuspitzen werden, um so dringlicher wird allenthalben die Suche nach einem gerechten Maß.

Für die westdeutsche Gesellschaft heißt dies: Angesichts der neuen, heute in ihrem Umfang noch nicht genau zu bestimmenden Herausforderungen sind die alten Muster wohlfahrtsstaatlichen und verteilungspolitischen Denkens bestenfalls zum Anachronismus geworden; schlimmstenfalls sind sie eine Sackgasse, in die wir mit hoher Geschwindigkeit hineinfahren. Wir brauchen ein radikal neues, das Wurzelwerk unserer politischen Vorstellungen berührendes Umdenken, wenn die

4 Vgl. Alexander Kabakow, Hoffnungsloser Neid. Deutschland aus der Sicht des zerfallenden Rußland, in: Die Welt vom 2. Dezember 1992, S. 7.

5 Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

6 Vgl. Hans-Martin Sass, Verantwortung unter Risiko. Vom Ethos ordnungspolitischen Risikomanagements, Alfter-Oedekoven 1985.

deutsche Politik angesichts der neuen Herausforderungen nicht versagen soll.

IV. Orientierung im Umbruch: Die Maxime der Verantwortung

In dieser Situation der notwendig gewordenen Erneuerung unseres politischen Denkens verspricht vor allem die Maxime der Verantwortung verlässliche Orientierung: Verantwortung als *Selbstverantwortung* in der Innenpolitik und als *Mitverantwortung* in der Außenpolitik.

1. Mitverantwortung in der Außenpolitik

Ein für allemal sind die Zeiten vorbei, in denen wir in der internationalen Gemeinschaft andere Völker die Dinge für uns richten lassen, uns in der Außenpolitik vornehm zurückhalten und erwarten können, daß unsere Nachbarn bei der Lösung von Konflikten für uns mit einstehen. Vorbei ist die Zeit, in der die mächtige Industriegesellschaft Bundesrepublik Deutschland als politischer Zwerg alle schwierigen Aufgaben auf dieser Welt anderen Staaten überläßt und dankend abwinkt, wenn Mitverantwortung gefordert wird.

Seit 1989 ist uns Deutschen eine neue Rolle zuge wachsen, unsere Verantwortung definiert sich neu. Da wirkt es eher lächerlich, wenn jemand dieser Einsicht ausweichen will und die Lösung in langwierigen Verfassungsverhandlungen sucht. Es geht um eine neue Mitverantwortung Deutschlands, eine neue Rolle in der Völkergemeinschaft: Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn sind wir aufgefordert, friedensfördernde Aktivitäten zu entwickeln, also auch die Bundeswehr einzusetzen, wenn das dazu dient, dieses Ziel zu erreichen.

2. Selbstverantwortung in der Innenpolitik

In der Innenpolitik geht es darum, daß wir wieder lernen, was es heißt, Selbstverantwortung wahrzunehmen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der es sehr beliebt ist, Verantwortung zu delegieren, ja abzuschieben, und zwar vorzugsweise an den Staat. Ob es um die Sicherung unserer persönlichen Lebensrisiken, um Krankheit und Tod, ob es um Naturkatastrophen, unser finanzielles Wohlergehen oder – in einem umfassenden Sinn – um unser eigenes Lebensglück geht: Verantwortlich gemacht werden in erster Linie der Staat und die Solidargemeinschaft. Unser Sozialsystem sichert nicht nur die Grundrisiken ab; es geht weit darüber hinaus: Mehr und mehr scheinen sich die Bürger an eine umfassende Daseinsvorsorge und -fürsorge

zu gewöhnen. Die sozialen Sicherungssysteme übernehmen in unserer westdeutschen Selbstbedienungsgesellschaft Aufgaben, die sie gar nicht mehr lösen können, sie sehen sich Erwartungen gegenübergestellt, die niemand erfüllen kann⁷.

Inzwischen erkennen wir, daß die Solidargemeinschaft bei der Absicherung von Lebensrisiken an Grenzen stößt. Eine Solidargemeinschaft funktioniert nicht mehr, wenn sie nicht auf einer Moral der Selbstverantwortung aufbauen kann. Heute gehört das Bemühen, von der Risikogemeinschaft aller Versicherten nach Möglichkeit mehr Leistungen zu erhalten, als durch eigene Beiträge abgegolten werden, zu einem der beliebtesten Gesellschaftsspiele. Auf diese Weise pervertiert die ursprünglich erfolgreiche Konzeption der Solidargemeinschaft. Irgendwann ist dann der Zeitpunkt gekommen, an dem die Mehrheit der Mitglieder einer Solidargemeinschaft rebelliert, weil sie dem Mißbrauch hilflos gegenübersteht. Sie hat nur die Wahl, entweder der ökonomische Verlierer zu sein oder sich ebenfalls am Mißbrauch zu beteiligen. Selbstverantwortung in diesem Zusammenhang müßte also heißen: Wir brauchen eine spürbare Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten; diese muß einkommensabhängig gestaltet werden und bestimmte Obergrenzen berücksichtigen.

Die Bevölkerung des Landes mit der höchsten Zahl von Feiertagen, Urlaubstagen und krankheitsbedingten Fehltagen muß jetzt zu der Einsicht finden, daß die fetten Jahre – als es vorrangig darum ging, einen jährlichen Wohlstandszuwachs zu verteilen – vorbei sind. In der politischen Umsetzung dieser Einsicht werden die Deutschen nicht umhin können, wieder zu lernen, was es bedeutet, sein Leben weitgehend selbstverantwortlich zu führen. Nur so wird eine deutliche Entlastung des Staates möglich, nur so auch ein Abbau bürokratischer Regelungsdichte realistisch.

V. Nach der Rückkehr der Freiheit: Die Vision der Verantwortungsgesellschaft

Die Lehre, die wir aus der November-Revolution von 1989 ziehen können, ist zugleich so etwas wie eine Vision für Deutschland: Es geht darum, wieder zu lernen, was es bedeutet, in einer Verantwortungsgesellschaft zu leben.

⁷ Beispielhaft sei erinnert an die – damals wie heute gültige – Kritik des Ordo- und Neoliberalismus am modernen Wohlfahrtsstaat. Vgl. Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach-Zürich 1961³.

Es könnte ja sein, daß nicht nur für die Deutschen in den jungen Bundesländern und die Mitteleuropäer in den untergegangenen kommunistischen Diktaturen, sondern auch für die Westdeutschen – in einem anderen, eigenen Sinn – Freiheit in die Gesellschaft zurückgekehrt ist: Dann müßten auch die Bürger der alten Bundesrepublik wieder lernen, was es heißt, frei und selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten⁸. Natürlich soll hier nicht bestritten werden, daß die alte Bundesrepublik Deutschland ein freies Land war. Aber hat nicht die Mentalität, Verantwortung abzugeben, tendenziell dazu geführt, daß Bequemlichkeit und Risikoscheu sich ähnlicher Beliebtheit erfreuten, wie das in den kommunistischen Diktaturen der Fall war?

Wir werden der Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn besonders in Mittel- und Osteuropa, den strukturellen Verwerfungen in unserer eigenen Gesellschaft, aber auch unserer Mitverantwortung in Fragen der Außenpolitik nicht gerecht, wenn wir nicht Verantwortung im Inneren, also für uns selbst, neu definieren. Václav Havel hat dieses Ziel beschrieben als eine neue Ordnung: eine Ordnung der frei akzeptierten Verantwortung gegenüber dem Ganzen und für das Ganze. Er nennt dieses Bemühen den Versuch, in der Wahrheit zu leben, bezeichnet ihn als das Bestreben, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Dieser Versuch ist ein moralischer Akt⁹. Und so, wie sich die Aufgabe, ein Leben in Selbstverantwortung und in Wahrheit neu zu lernen, sowohl für die Menschen in den freien Ländern Westeuropas als auch für die Menschen in den zusammengebrochenen ehemaligen kommunistischen Diktaturen stellt, wird sichtbar, daß es nicht nur eine *moralische Krise der postkommunistischen Systeme* gibt, sondern in durchaus vergleichbarer Weise *auch eine moralische Krise der Wohlfahrtsdemokratie*.

Aus gutem Grund hat Max Weber die Maxime der Verantwortungsethik definiert als eine Einstellung, nach der ein Mensch für die (voraussichtbaren) Folgen des eigenen Handelns aufzukommen bereit ist¹⁰. Damit Selbstverantwortung praktiziert werden kann, muß der Bürger jedoch eine Chance haben, die Folgen seines Handelns und Entscheidens kennenzulernen, um dann für sie einzustehen. Welcher Bürger aber hat schon die Möglich-

keit, sich beispielsweise über die Kosten seiner Gesundheitsvorsorge zu informieren, über die Folgen, die entstehen, wenn Einzelinteressen ein wichtiges öffentliches Projekt blockieren, über die Konsequenzen des Mißbrauchs sozialer Sicherungssysteme, über die zwangsläufige Destruktion institutioneller Autorität, wenn Gesetzesverstöße – und sei es nur vor sich selbst – gerechtfertigt werden, sofern die eigenen Interessen als legitim gelten und mit staatlichen Regeln kollidieren? Wo und von wem ist in den letzten Jahren darüber öffentlich nachgedacht worden?

Die Revolution des Jahres 1989, die vor allem und zunächst eine moralische Revolution war, konfrontiert den Bürger in Westdeutschland nicht nur mit finanziellen Folgen. Vielmehr sehen wir uns ganz unerwartet mit uns selbst, unserer eigenen Mentalität und unserer Bequemlichkeit konfrontiert. Die mitteleuropäische Revolution mit ihrer moralischen Herausforderung ist unvermittelt in die westdeutsche Gesellschaft eingebrochen. Auf einmal wird uns der Spiegel vorgehalten, wir blicken in unser eigenes Gesicht – und sollten eigentlich sehr nachdenklich werden. Bisher konnten wir uns als Unbeteiligte fühlen, die revolutionären Ereignisse hatten uns nicht weiter behelligt: Weder hatten wir einen nennenswerten Anteil daran, daß die Revolution ausbrach – unser Interesse am Schicksal der Menschen in den ehemaligen Diktaturen war außerordentlich begrenzt –, noch haben uns die Folgen dieser Revolution bisher unmittelbar betroffen (gemacht). Wir sollten nun die Chance nicht verpassen, uns von der moralischen Revolution und dem Prozeß der politischen Umgestaltung in Europa selbst erfassen zu lassen, den Umbau unseres eigenen Gemeinwesens zu einer freiheitlichen Verantwortungsgesellschaft als eine Herausforderung des Umbruchs zu erkennen und als Aufgabe anzunehmen. Nur so werden wir der großen Chance unserer Zeit, die Fundamente einer dauerhaften, stabilen Friedensordnung für ganz Europa zu legen, gerecht werden.

VI. Die Chance des Umbruchs: Bausteine einer Verantwortungsgesellschaft

Das in den letzten Jahren empfundene Glück über die Befreiung von Millionen von Menschen im Osten ist ein geschichtliches Ereignis, das allmählich zu verblassen beginnt. Jetzt wartet ein neues Glück auf uns: das Glück, die Zeit des Umbruchs als eine Gestaltungsaufgabe anzunehmen, die überfällige innenpolitische Korrekturen und Wei-

8 Vgl. dazu Alexander Schwan, Die philosophische Begründbarkeit freiheitlicher Politik, in: Günter Abel/Jörg Salaquarda (Hrsg.), *Krisis der Metaphysik*, Wolfgang Müller-Lauter zum 65. Geburtstag, Berlin–New York 1989, S. 448 ff.

9 Vgl. Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek 1989, insbes. S. 32 ff.

10 Vgl. Max Weber, *Politik als Beruf*, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.), *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen 1971³, S. 505 ff., hier bes. S. 552 f.

chenstellungen ermöglicht. Die zugespitzte Lage der öffentlichen Finanzen, die Krise unserer sozialen Sicherungssysteme, die sich abschwächende Konjunktur und die erlahmende wirtschaftliche Entwicklung sind ja keineswegs durch die Wiedervereinigung ausgelöst worden. Im Gegenteil: Die Wiedervereinigung hat über fast drei Jahre hinweg in Deutschland den Aufschwung verlängert. Nun aber brechen Schwierigkeiten auf, die vor allem strukturell bedingt und bislang durch die gute Konjunktur überdeckt worden sind. Sie zu lösen ist jetzt die Aufgabe. Ohne die Rückbesinnung auf die Fundamente einer Verantwortungsgesellschaft wird Deutschland weder im Inneren noch nach außen seinen Aufgaben gerecht werden können.

Die Mißstände sind inzwischen sattsam bekannt:

- Ein Arbeitnehmer mit vierköpfiger Familie verdient in den jungen Bundesländern im Durchschnitt netto 2 113 DM; der Sozialhilfeempfänger mit vierköpfiger Familie erhält netto 2 279 DM¹¹. In den alten Bundesländern verfügt eine achtköpfige Familie, wenn der Vater und ein weiteres Familienmitglied arbeiten, über ein Monatseinkommen von 4 129 DM. Würde in der Familie niemand arbeiten, erhielte sie Sozialhilfe und genau 254 DM weniger. So gering ist der Vorteil der Erwerbstätigkeit, so groß die Verführung, die Sozialhilfe – gegebenenfalls kombiniert mit Schwarzarbeit – als Daueranspruch mißzuverstehen.
- Es gab einmal Zeiten, da galten „Setzrisse“ in einer Neubauwohnung als durchaus normal. Heute sieht die Rechtsprechung in solchen Rissen einen Mietminderungsgrund. Also bemüht man sich, Häuser und Wohnungen so zu bauen, daß Setzrisse nach menschlichem Ermessen nicht mehr auftreten können. Das kostet mehr Geld: Planungen werden dreimal, viermal überarbeitet, mehrfach geprüft, das Material entsprechend ausgewählt – und das alles schlägt sich in hohen Mieten nieder.
- Ein mittelständischer Betrieb des Bauhauptgewerbes, der Ende November 1992 die Dezemberlöhne und das Weihnachtsgeld für rund 90 Beschäftigte auszahlte, mußte dafür eine Bruttosumme von 822 591 DM aufbringen. Nach Abzug der Steuern und Abgaben wurden den Arbeitnehmern sage und schreibe 383 802 DM ausgezahlt. Die Differenz von 438 789 DM fließt an die Versicherungsträger und – zum geringeren Teil – an den Staat. Inzwischen ist es so, daß ein Facharbeiter heute mehr als vier

Zeitstunden arbeiten müßte, um mit seinem verdienten Nettoeinkommen eine einzige Zeitstunde Arbeit von sich selbst zurückkaufen zu können.

Die Beispiele zeigen: Wir brauchen eine radikale staatliche Aufgabenkritik¹², ein Programm der Deregulierung¹³ und der Stärkung von Selbstverantwortung.

In Schweden hat eine große, parteiübergreifende Koalition dem Wohlfahrtsstaat eine Entschlackungskur verordnet, die von der Einsicht getragen wird, daß der Wohlfahrtsstaat – ohne die Finanzprobleme einer Wiedervereinigung zu haben – an seine Grenzen gestoßen ist: „Renten werden gekürzt. Das Ruhestandsalter steigt auf 66 Jahre. Wer krank wird, bekommt am ersten Tag kein Gehalt, am zweiten 65 und am dritten 80 Prozent. Wohnungsbeihilfen fallen weg. Das lange versprochene Erziehungsgeld wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Benzin wird pro Liter eine Krone (0,25 Mark) teurer, Zigaretten je Packung drei Kronen. Vom Jahresurlaub werden zwei Tage abgeknappst. Und das bisher vom Staat getragene Renten- und Krankenversicherungssystem wird Schritt für Schritt privatisiert. Leistungskürzungen sind abzusehen.“¹⁴

Die Deutschen werden zu ähnlichen Einsichten finden müssen. Abschließend seien einige Stichworte genannt, die Orientierung geben können für die noch ausstehende, tiefgreifende Umgestaltung unserer Gesellschaft:

- Wir werden in Zukunft nicht weniger, sondern mehr arbeiten müssen. Wochen- und Lebensarbeitszeit werden steigen.
- Eine unbesehene und umfassende staatliche Kostenübernahme im Bereich der sozialen

12 Vgl. die Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Roman Herzog anlässlich der Einweihung des neuen Plenarsaales am 30. Oktober 1992 im Deutschen Bundestag, Protokoll Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, S. 9846 ff.

13 Vgl. dazu Juergen B. Donges, Über den Beitrag des Staates zur Standortsicherung: Mehr Flexibilität durch Deregulierung. Vortrag auf dem Symposium des Instituts der deutschen Wirtschaft über „Standortfaktor Bewegungsfreiheit“ am 19. Januar 1993 in Bonn, Mschr. Mskript.

14 Fredy Gsteiger, Im Volksheim wird es ungemütlich, in: Die Zeit vom 16. Oktober 1992. Radikale Sparprogramme haben im Jahr 1992 eine Vielzahl westeuropäischer Staaten aufgelegt, ohne daß sie vereinigungsbedingte Finanzierungsprobleme zu bewältigen hatten. Beispielhaft sei an die Maßnahmen in Belgien erinnert, wo Einsparungen im Sozialbereich für das Jahr 1993 in Höhe von rund 3,5 Milliarden Mark beschlossen wurden. Diese Zahl entspricht – hochgerechnet am Bruttosozialprodukt – einer Einsparung in Deutschland von rund 30 Milliarden Mark. Vergleichbare Maßnahmen wurden in Italien, in den Niederlanden, in Spanien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Dänemark, Irland und Finnland getroffen.

11 Vgl. Peter Gillies, Wildwuchs in der Tat, in: Die Welt vom 11. Januar 1993, S. 4.

Sicherung und der Gesundheitsvorsorge wird es nicht mehr geben. Notwendig sind Kostentransparenz, eine einkommensabhängige Selbstbeteiligung und eine Unterscheidung zwischen Grundversorgung und darüber hinausgehenden Wahlleistungen.

- Mißbrauchstatbestände vor allem bei der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung werden nicht mehr bezahlbar sein. Allein die Tatsache, daß jeder Arbeitslose sich einmal wöchentlich persönlich beim Arbeitsamt melden muß, hat in der Schweiz dazu geführt, daß der Anteil der Scheinarbeitslosen außerordentlich gering geblieben ist.
- Lohnzuwächse werden auf längere Zeit allenfalls in Höhe der Inflationsrate zu bezahlen sein. Darüber hinaus sind Formen des Investivlohns zu überlegen.
- Neue Leistungsgesetze werden auf mittlere Sicht nicht mehr verabschiedet werden können. Dort, wo entsprechende Vereinbarungen getroffen sind – wie beispielsweise zugunsten der Pflegeversicherung –, darf das nicht zu einer weiteren Verteuerung der Arbeit führen.
- Da eine Überprüfung von Subventionen erfahrungsgemäß nicht zu deren Abbau führt, wird nichts anderes übrigbleiben, als alle Subventionen degressiv zu gestalten.

In unserer Gesellschaft sind die Proportionen zwischen Umverteilungsmasse und Umverteilungskosten längst aus den Fugen geraten. Bedürftigkeit und Begünstigung müssen wieder in ein rechtes Verhältnis zueinander gebracht werden. Begründete Absichten der Umverteilung müssen zu geringeren Kosten mit erhöhter Treffsicherheit umgesetzt werden. Kernstück einer solchen Reform wäre die Einführung einer Einkommensteuer mit negativem Tarifast. Dies bedeutet: Bei entsprechend niedrigem Einkommen wird die Steuerpflicht automatisch zum Unterstützungsanspruch. In einem einzigen Instrument – der Einkommensteuer mit negativem Tarifast – werden alle direkten Steuern und sämtliche persönlichen Subventionen zusammengefaßt. Wer nicht genügend Einkommen erzielt, um sein Leben selbstverantwortlich zu gestalten, erhält demnach eine unmittelbare finanzielle Zuwendung, die so hoch bemessen sein muß, daß er eigenverantwortlich leben kann. Der Wohlfahrtsstaat muß seine Bürger aus der Unmündigkeit entlassen. Die Balance zwischen den menschlichen Grundbedürfnissen nach Freiheit und nach Sicherheit ist heute nachhaltig gestört. Die Verantwortungsgesellschaft eröffnet

die Chance, ein neues Gleichgewicht zwischen sozialer Sicherheit und freiheitlicher Lebensgestaltung zu finden¹⁵.

VII. Die Aufgaben der deutschen und der europäischen Politik im Einklang

Die Revolution des Jahres 1989 bietet die Chance einer neuen, gesamteuropäischen Ordnung – und sie eröffnet die Möglichkeit, zu den Prinzipien und Fundamenten einer Verantwortungsgesellschaft zurückzufinden. Die neue Epoche, vor der wir stehen, hat sowohl innen- als auch außenpolitische Implikationen, die sich – wie zu zeigen versucht wurde – nicht voneinander trennen lassen: Wir werden die gesamteuropäische Aufgabe nur lösen können, wenn wir jetzt aufbrechen und begreifen lernen, wie sich unser Leben in einer Verantwortungsgesellschaft verändern muß.

Nur so werden wir der in die Gesellschaften Ost- und Westeuropas zurückgekehrten Freiheit eine wirkliche Heimat bieten können¹⁶. Hier wie dort werden wir uns an die *neue Freiheit* gewöhnen müssen. Nicht nur die Osteuropäer sind überrascht, daß die Freiheit kam, wo sie doch oft nur einen verständnisvolleren Betreuer und einen besseren Verwalter erwartet haben¹⁷. Dieses Lebensgefühl prägt inzwischen auch viele Menschen in Westeuropa. Hier wie dort ist offenbar die wechselseitige Verwiesenheit von Freiheit und Verantwortung in Vergessenheit geraten. Die moralische und ökonomische Krise Westdeutschlands korrespondiert mit der moralischen und ökonomischen Krise in Ostdeutschland und Osteuropa. Hier wie dort sehen sich Menschen vor die Aufgabe gestellt, ein Verständnis von Freiheit zu entwickeln, das dem persönlichen Leben Sinn und Orientierung gibt. Eine Ordnung der frei akzeptierten Verantwortung des einzelnen gegenüber dem Ganzen und für das Ganze¹⁸ weist den Weg in eine Verantwortungsgesellschaft, die den Menschen Orientierung und der Freiheit Heimat gibt.

15 Weiterführend zum Thema vgl. Christoph Böhr, Liberalismus und Minimalismus. Kritische Anmerkungen zur philosophischen und politischen Entfaltung einer zeitgenössischen Minimalstaatskonzeption, Heidelberg 1985, bes. S. 133 ff.

16 Vgl. Christoph Böhr, Nach der Revolution in Mitteleuropa: Geistige Orientierung auf dem Weg zur Einheit, in: Peter Haungs/Karl Martin Graß/Hans Maier/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag, Paderborn u. a. 1992, S. 371 ff.

17 Vgl. das Interview mit Milan Uhde, Der Nationalismus ist eine Krankheit, in: Rheinischer Merkur vom 16. Oktober 1992.

18 In diesem Sinne plädiert Václav Havel, Politik als praktizierte Sittlichkeit, in: Sommermeditationen, Berlin 1992, S. 125 ff., hier S. 126.

Die Krise der Politik als Krise des Menschen

I. Politiker- und Politikverdrossenheit: zu den Ursachen

Neben der überall zu beobachtenden Politikverdrossenheit, dem Zerbröseln der Institutionen und der (Selbst-)Demontage der politisch handelnden Personen liegt ein bewußter oder unbewußter Grund für die Abstinenz einer großen Mehrheit von Bürgern gegenüber Politik darin, daß sie glauben, die Probleme würden allmählich so groß und so komplex, daß sie nicht mehr lösbar seien. Dafür möchte man nicht verantwortlich sein – weder vor sich selbst noch vor der Öffentlichkeit. Die resignative „Ethik der sauberen Hände“ durch Nichtstun, verbunden mit dem blanken Finger beim Zeigen auf die, die etwas tun und häufig versagen, scheint in Mode zu kommen.

Der Verantwortungsverweigerung zu vieler entspricht ein Verantwortungsgefühl zu weniger, die meinen, sich einer Pflicht nicht entziehen zu können. Dabei ahnen oder wissen sie, daß sie sich überfordern und daß sie vielfach ihren Prinzipien zuwiderhandeln (müssen). Das Tempo der Zeit und das allgegenwärtige Mikrophon führen zum Sprechen vor dem Denken. Der politisch Handelnde scheint gezwungen zu sein, gewissenlos zu werden. Wenn er sich kompromißlos verhält, kann er praktisch am Handeln nicht mehr teilnehmen und wird marginalisiert: Nur wer *etwas* und wer *sich* durchsetzen kann, bleibt auf der Bühne. Der sensible und nachdenkliche, zögerliche und abwägende Politikertyp besteht in der Härte der Auseinandersetzungen immer weniger.

Ist einer zu wenig entschlossen und machtbewußt, sagt man, er habe „Angst vor der Macht“ und er müsse sie doch wollen. Ist einer bereit, Verantwortung zu übernehmen und stellt sich der Macht in ihrer ganzen Ambivalenz ohne erkennbare Skrupel, bekommt er flugs das Etikett des Machthungrigen angeheftet. Was Politiker in der Öffentlichkeit auch tun – es gibt ausreichend Stoff für jedwede publizistische Vermarktung: je skandalträchtiger, desto besser. Um so mehr kann sich der Nichthandelnde am „wahren Gesicht“ oder am Versagen der Handelnden ergötzen. Das führt wiederum zu einer

noch größeren Verweigerung vieler „im Prinzip“ politisch interessierter Bürger, sich aufs politische Geschäft einzulassen. Das eigene Geschäft zu machen, wird zum Lebensinhalt.

Politik wird schließlich auch immer häufiger als „Geschäft“ betrieben oder von außen als solches betrachtet. Für den Verzicht auf alles Private, für den Dauerstreß, für Erfolglosigkeit, Undankbarkeit und Vereinsamung meinen viele, viel zu viele Politiker, sich Entlastung und zusätzliche Vergütung beschaffen zu müssen. Staatliche Zuwendung wird auf allen erdenklichen Wegen erschlichen, Politik mehr und mehr als Selbstbedienungsladen (miß-)verstanden.

Inzwischen wächst in der Bevölkerung der ambivalente Wunsch nach immer weniger Staat, um eigene Interessen besser durchsetzen zu können, und gleichzeitig nach mehr Staat, verbunden mit der Sehnsucht nach einem entschlossenen, wenn nicht diktatorischem Zupacken und Durchgreifen einer „Führungspersönlichkeit“; noch nicht nach einem „Führer“. Nicht diese oder jene Personengruppe denkt oder fühlt so; das tiefe Ambivalenzgefühl teilen – tagesstimmungsbedingt – viele ganz unterschiedlich vorgeprägte BürgerInnen miteinander.

Sehr beunruhigend waren Ergebnisse und Begleitumstände der Hessenwahl am 7. März 1993. Der dort beobachtete erste große Dambruch nach rechts brachte eine gewichtige Nebenerkenntnis: Die Demoskopie versagte, weil viele sich ihr verweigerten. Sie vertrauten ihr wahres Denken den Wahlkabinen an, nicht den Befragern: Es gibt ein verborgenes schlechtes Gewissen, rechts oder gar „ganz rechts“ zu wählen. Eine gewisse Scham ist noch da. Das Denken läuft wieder „recht“-winklicher; je unübersichtlicher die Situation wird, desto mehr wird die Zweiteilung, die klare Alternative gesucht, werden Freund und Feind beschrieben, werden Schuldige für die Misere ausgemacht, wird Deutschsein und Nicht-Deutschsein wieder wichtig. Fast ein Drittel geht erst gar nicht zur Wahl; es läßt andere rechts wählen. Die Nichtwähler „Protestwähler“ zu nennen, täte vielen von ihnen zu viel Ehre an. Sie halten Abstinenz für Moral. Diese Gruppe zu einem „demokratischen Erkenntnisdruck“ zu bringen, ist ebenso wichtig wie die kritische Selbstbefragung der demokratischen Institutionen, besonders der Parteien.

Ob die etablierten Institutionen erneuerungsfähig sind, hängt davon ab, ob Menschen sich in diesen Institutionen einbringen können. Wichtig ist, daß sie die Erfahrung machen, persönlich mit ihrer Begabung und ihrem Engagement gefragt zu sein, und erleben, daß es sinnvoll und wirksam ist, mitzumachen. Gelingt dies nicht, müßten sich neue Institutionen bilden. Sonst erlischt Demokratie allmählich. Für alle am Gemeinwohl Interessierten stellt sich die Aufgabe, die Selbstorganisation der Gesellschaft als ziviler Gesellschaft zu befördern, statt durch Rückzug aus den demokratischen Institutionen die Demokratie selbst zu gefährden oder durch andere buchstäblich fahr-lässig gefährden zu lassen.

Im audiovisuellen Zeitalter geht die politische Kultur beinahe zwangsläufig in die Personalisierungsfalle. Politiker aller Parteien tapen hinein, oder sie lassen sich – ganz entgegen ihrem eigenen öffentlichen Bekunden – die *Publicity* allzugerne gefallen. Personen ersetzen Programme, bis die am meisten Gesendeten kaum noch erkennen lassen, *wofür* sie einstehen, außer für sich. Sie entwickeln einen sicheren Instinkt dafür, wer gerade hinter ihnen steht und wie sie ihre besondere Flexibilität am wirkungsvollsten mit dem Eindruck führungstarker Standhaftigkeit – machtbewußt – verbinden können. Die diversen wöchentlichen Politbarometer geben ihnen jeweils Noten dafür, wie gut oder schlecht sie es vermocht haben, den wechselnden Stimmungslagen der Bevölkerung mit Biigsamkeitsreflexen und medienwirksamen Sprechblasen zu entsprechen. Politik wird auf diese Weise eine Variation von Werbung, zu einem bestimmten Personalangebot mit immer weniger Programminhalt. Die Wechselwirkungen zwischen „Politiker“ und „Publikum“ bei dieser Entwicklung sind unübersehbar. Mit einer einseitigen Verantwortungszuweisung würde das Problem verfehlt.

„Es gibt keinen Weg zur Demokratie – die Demokratie ist der Weg.“ Mit dieser Abwandlung eines berühmten Martin-Luther-King-Satzes ist das Dilemma angezeigt, in dem unsere Demokratie steckt. Demokratie ist ein bewahrenswerter und hoher Wert, der davon lebt, daß Menschen sich zusammenfinden, um diesen Wert beständig auszufüllen und dadurch zu verteidigen. Eine Delegation der Demokratie auf Institutionen führt letztlich zu dem einschneidenden Kommunikationsproblem, das gegenwärtig zwischen den etablierten Institutionen und den Bürgern des Volkes besteht: „Politik ist ein schmutziges Geschäft“ und „Politik verdirbt den Charakter“, sagt der Volksmund. Liest man die Zeitungen, bestätigt sich dies – beinahe täglich. Der Allerweltsname eines besonders cleveren ostdeutschen Politikers

wurde zum Inbegriff von Absahnmentalität. „Lässige“ Unwahrheiten und dicke Lügen, kleine Erinnerungslücken und großzügige Urlaubsreisen bestimmen die Abendnachrichten. „Halte dich raus, laß machen, laß aufdecken!“ – das ist die fatale Konsequenz der großen Mehrheit der Politik-Bebachter. „Bestätige dich täglich in deinem Urteil über ein Geschäft, an dem du dich selbst nicht beteiligst. Betreibe lieber relativ unbehelligt deine eigenen Geschäfte! So kannst du von den schmutzigen Geschäften der anderen mit einem bestimmten Unterhaltungs-, Empörungs- und Selbstentlastungswert – stets in Bunt und in entlarvender Nahaufnahme – hören und sehen.“

Geradezu genüßlich und stets auflagensteigernd werden PolitikerInnen von den Medien vorgeführt. Allen wird eine – nach Parteien allerdings durchaus unterschiedlich hohe – moralische Meßlatte angelegt; dann wird gemeldet, wie hoch sie jeweils gesprungen, wie tief sie gefallen sind. Privates und Familiäres wird eingemengt, bis die Zermürbung das ganze soziale Umfeld erreicht hat. Wehe, wenn einer den von der Öffentlichkeit oder gar vor der Öffentlichkeit aufgestellten Ansprüchen entspricht. Auch ihm muß etwas nachgewiesen werden, wird etwas nachzuweisen sein: sei es politisch, sei es finanziell, sei es persönlich. So wird schließlich Misanthropie als eine Philosophie totaler Veröffentlichung etabliert. Aus der Zuschauerposition läßt sich bequem urteilen: „Alle sind Schweine und ich – ein Unbeteiligter! – weiß das.“ Wer auch nur ansatzweise nach einer Ethik der Medien, nach einem Schutz der Privatsphäre auch für öffentliche Personen fragt, kommt allzu leicht in den Verdacht undifferenzierter Medienschelte oder gefährlicher Zensurwünsche.

Wenn es kein gesellschaftliches Gesamtklima mehr gibt, das letztlich vom Respekt der einen gegenüber den anderen geprägt ist, dann werden auch gesetzliche Regelungen kaum helfen. Da die politischen Skandale von den demokratischen Institutionen nicht mehr verhindert oder aufgedeckt werden, bleibt dies den Medien überlassen. Dann aber muß man sich nicht über den sensationslüstern-süffisanten Enthüllungsjournalismus wundern. Wenn andererseits alle irgendwie politisch Tätigen auf allen Ebenen zu bevorzugten Vorführobjekten werden, werden gerade diejenigen die politische Bühne verlassen, die sich bei ihrem kräftezehrenden Engagement ein Gewissen bewahrt haben: Nur der Unempfindliche, der „etwas abkann“, wird sich der Politik noch zur Verfügung stellen.

Die vielen, vielen Tausend, die sich in Kommunen, Ländern oder beim Bund bereitgefunden haben, in der *res publica* aktiv mitzuwirken, fühlen sich inzwischen durch die Medien pauschal diffamiert.

miert, reagieren trotzig, depressiv oder beleidigt, bis die Bereitschaft immer geringer wird, sich für die öffentlichen Belange in den Institutionen der Demokratie zu engagieren. Wenn Politik auf diese Weise undifferenziert in Mißkredit gerät, führt das zu Parteienverdrossenheit, atomisiert sich die Gesellschaft in die totale Single-Kultur, in der Selbstverwirklichung und persönliches Fortkommen weit höher geschätzt werden als das kurz- und längerfristige Gemeininteresse, das immer weniger Anwälte findet.

Politik stellt sich für diejenigen, die sich etwa in kommunale Volksvertretungen oder Verwaltungen hineinbegeben haben, als ein recht mühsames, kräfteverschleißendes, zermürbendes, undankbares Geschäft dar. PolitikerInnen benötigen permanent nicht nur nahezu unerreichbare Sachkompetenz zu ganz unterschiedlichen zur Entscheidung anstehenden Sachverhalten, sondern sie müssen auch zu vollem persönlichem Engagement bereit und in der Lage sein. Politisch Handelnde sind heute strukturell und persönlich beinahe ständig überfordert. Private und familiäre Beziehungen werden schweren Belastungsproben ausgesetzt. Die Kinder verfluchen „die Politik“, die ihnen die Eltern wegnimmt.

Die Politik kommt innerhalb der (zu kurzen) Wahlperioden in immer mehr Dilemmasituationen, die durch das parteibesessene Hin und Her nochmals verstärkt werden. Eines der schwierigsten Dilemmata in der „Erwartungdemokratie“ besteht darin, daß die Mehrheit von einigen wenigen, die Politik „machen“, erwartet, daß ihre Bedürfnisse befriedigt werden. Nähern sich Wahlen, haben Politiker jeweils abzufragen, was die „Wählermasse“ sich – durchaus disparat – wünscht, bis Politbarometer den politischen Opportunismus zum Ersatzprogramm machen. Dabei wissen die BürgerInnen zumeist zu genau, daß die Politikerversprechungen vor Wahlen (gutgemeinte) Lügen sind: Die Belogenen wissen also, daß sie „Lügner“ wählen, weil sie von ihnen etwas wünschen, was nicht erfüllbar ist. Diese Form der moralischen Entlastung geht auf Kosten konkreter Menschen und schließlich der Demokratie.

Die Demokratie braucht mehr Menschen, die bereit sind, das Wagnis des Handelns einzugehen und in Dilemmasituationen schwierige Kompromisse zu suchen, der Öffentlichkeit zu vermitteln und mutig durchzusetzen. Wer nicht konkret entscheiden muß, hat meist gut reden. Je weniger er sich über Interessenkonflikte, Rahmenbedingungen, Kosten, Kurz- und Langzeitfolgen informiert, desto sicherer bleibt er in seinem Urteil. Der Stammtisch ist das Bestätigungsritual derer, die sich nicht in die Streitkultur begeben, sondern lediglich

die Selbstbestätigung unter ihresgleichen konsequenzlos, ressentimentsgeladen und stimmungsbetont betreiben.

Politik- und Politikerkritik ist der Demokratie nur solange zuträglich, wie sie auch von der menschlichen Barmherzigkeit und einer bestimmten Verständnisbereitschaft für ihre Schwierigkeiten als *unseren* Schwierigkeiten getragen bleibt. Unsere eigenen Ratlosigkeit können wir nicht unentwegt auf „die Poliker“ projizieren. Wer wird denn sonst übermorgen noch bereit sein, sich öffentlich vorführen zu lassen? Bisweilen werden doch an Politiker Maßstäbe angelegt, an denen sie geradezu scheitern müssen, womit sie dann einem bigotten moralischen Entrüstungsbedürfnis der Öffentlichkeit Genüge tun. Bei der – demokratisch gebotenen! – Kritik an Politikern muß der *richtige Maßstab* gefunden werden: der, den der Kritiker auch an sich selbst anzulegen bereit ist. Wenn weiterhin der hämische Zeigefinger, eine zynisch eingefärbte „Medio“-Kratie die politische Szene bestimmt, wird einerseits jedes entschiedene Tun und andererseits jede zögerliche Unterlassung zum Fehltritt. Wenn jeder, der in der Öffentlichkeit steht, gewärtig sein muß, ins Glashaus des SPIEGEL zu kommen oder groß ins BILD gesetzt zu werden, dann wird Öffentlichkeit zu einer Art Jagdrevier.

Wer bekannt wird, wird zur Ware, zum Frischfleisch, täglich feilgeboten. Die Relationen zwischen den kleinen Unachtsamkeiten, den in der Hektik eines permanent überfordernden Geschäfts übersehenen oder falsch bewerteten Aufgaben, falschen Ratschlägen, „taktischen“ Ängsten und großen Skandalen schwimmen. Alles wird in veröffentlichter Stimmungsmache zu gleicher, dicker Schlagzeile, bis schließlich die Konkurrenz um die Schlag-Zeile die Konkurrenz bei der Suche nach der Wahrheit völlig ersetzt.

II. Zu den Aufgaben der Politik unter veränderten Rahmenbedingungen

Das „Projekt Aufklärung“, das in der Politik des „Neuen Denkens“ der achtziger Jahre ansatzweise Gestalt gewann und schließlich zu einer Auflösung der Ost-West-Konfrontation beitrug, hat uns national und international in eine Krise gestürzt, weil es eine institutionell abgesicherte, politische, mentale und psychosoziale Konzeption für „die Zeit danach“ nicht gab. Die auf eine „solidarische Überlebensvernunft“ abzielende Weltgesellschaft ist heute ferner, als sie in der Zeit der Ost-West-Blockrivalität war.

Die Menschheit scheint wieder zu versinken in anachronistische Nationalismen und territorial-ethnische Ausschließlichkeitsansprüche. Dahinter ist ein instinktiver Abwehrvorgang gegenüber einer Welt zu vermuten, in der alle von allen immer abhängiger werden, in der die ökologische Existenzbedrohung ebenso grenzüberschreitend ist, wie die sozialökonomische Weltkrise (plus Bevölkerungsexplosion) an nationalen Grenzen nicht halt macht. Der politische, territoriale und geistige Partikularismus ist letztlich Ausdruck einer panischen Angst. Im Nationalismus drückt sich gleichzeitig dreierlei aus: eine krampfhaft Suchende nach *Identität* (als Form der Selbstbehauptung und Aufbau neuen Selbstbewußtseins), *Angst* (als Abschottung nach außen, als Angst vor Nivellierung des Eigenen oder als Angst vor Überfremdung) und schließlich *Sehnsucht* nach etwas archaisch-emotional Verbindendem.

In einer Welt, in der alle religiösen oder ideologisch verbürgten Gewißheiten dahinschwinden, wächst die Anfälligkeit von Individuen, Gruppen und ganzen Gesellschaften für irrationale „Sicherheiten“. Hinzu kommt die heikle Frage, ob auch „aufgeklärte“ Menschen nicht viel stärker mit „revierbezogenen“ Verhaltensdeterminanten zu rechnen haben. Emotionale Bindungen an überschaubare, genau abgrenzbare Großgruppen werden offenbar in dem Maße stärker, wie die Umwelt- oder Umfeldkonflikte zunehmen. National-soziale Kohäsion führt zu Abweisungs- und Abstoßungsprozessen: auch zu Kriegen. Über das Entsetzen über nationalistische oder ethnische Kriegsorgien hinaus ist es für die Menschheit geradezu tragisch, daß genau in dem Moment, wo Politik in sinnvoller Weise nur noch Welt-Politik sein kann, wo wir auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind, Zeit- und Rauminseln des friedlichen Wohl-Standes keinen dauernden Bestand haben können, die partikularen Tendenzen weltweit zunehmen. Und doch kann verantwortliche Politik nur unverdrossen den aberwitzigen Versuch machen, das *Eine-Welt-Bewußtsein* zu fördern, was ohne Schritte zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung hoffnungslos wäre.

Die Politik hat die Aufgabe, Menschen Mut zu machen, sich zu organisieren, zu einer wirklich freien Assoziation freier Individuen zu kommen, sich in den politischen und demokratischen Diskurs einzubringen. Das Verschieben der Probleme auf „die da oben“ offenbart die Langzeitschädigung durch eine inzwischen verinnerlichte autoritäre Struktur. Dieser zu widerstreben und zu widersprechen bleibt Gestaltungsaufgabe praktischer Politik: Es geht um die Formulierung des Erwarteten, Wünschbaren, auch Nichtwünschbaren und die Übersetzung in das Machbare. Dabei kommt es

nicht zuletzt darauf an, das Gefahrenbewußtsein mit einer Gestaltungs-vision zu verschwistern. Das wird schwierig, aber unumgänglich sein, wenn wir vor Depressionen einerseits und Zynismus andererseits bewahrt bleiben wollen.

III. Werteverlust und Politik

Es ist nicht eo ipso eine konservative Schimäre, wenn man den fortschreitenden Verlust verbindlicher und verbindender Werte beklagt. Keine noch so gute Gesetzgebung und keine noch so gut funktionierende Verwaltung kann ersetzen, was an Wertebildung und einer ihr entsprechenden Verhaltensdisposition im einzelnen und im Klima der gesellschaftlichen Beziehungen Gestalt findet. Wird die Schere zwischen beidem zu groß, muß die Gesellschaft in sich labil werden. Nur was von einer Mehrheit von Menschen in der Gesellschaft freiwillig eingehalten wird und als Recht oder Unrecht Allgemeingut ist, wird auch eingefordert und kann bei Verletzung notfalls mit staatlichen Machtmitteln durchgesetzt werden. Wo aber der von einer Mehrheit akzeptierte Wertehimmel zerbrochen ist, ist eine Gesellschaft existentiell gefährdet. In einer pluralistischen Gesellschaft braucht eine solche Konsensfindung beständigen Dialog als Form ihrer Selbstvergewisserung.

Mit den Werten welken längst auch die Gewißheiten dahin. Dies führt zu einer inneren Verunsicherung über das, was diese demokratische Gesellschaft trägt und wer ihre Garanten sind. Die Versuche von Parteien, Kirchen und anderen werteeimplizierenden Institutionen, dies von oben neu zu bestimmen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Programme von gestern, die für die Gestaltung der nächsten Zukunft formuliert worden waren, wirken wie schal gewordene Worte aus der Welt von vorgestern. Neue Programme zu formulieren, fehlt es an Zielvisionen, Gestaltungskraft und Konsensfähigkeit. Wo Ziele entschwinden, entschwinden auch Handlungsprinzipien, die den Zielen zu entsprechen suchen. Die praktische Konsequenz ist, daß Politiker vor schwierigen Entscheidungen zu schmierigen Kompromissen kommen.

Ein Symptom für den Zielverlust trotz eines elementaren Handlungsbedarfs ist das Gerangel bei der Formulierung der künftigen gesamtdeutschen Verfassung etwa um das „Staatsziel Umweltschutz“. Das „Recht auf Arbeit und Wohnung“ wurde als Verfassungslitanei abgetan. Politik wurstelt zerstritten vor sich hin, und man ist froh, wenn wenigstens *ein* stabiler Mann an der Spitze

Macht verkörpert und Richtungskompetenz suggeriert. Die wertbildenden Institutionen sind in eine Zerreißprobe zwischen totalpragmatischer Öffnung einerseits und fundamentalistisch-restaurativer Ab- und Ausschließung andererseits geraten. Inzwischen laufen den Politikern die Wähler, den Parteien und den Gewerkschaften die Mitglieder, den Kirchen die Gläubigen und den Bürgerbewegungen die Bewegten scharenweise davon. Die wertevermittelnden und wertegestaltenden Institutionen, die normalerweise den gesellschaftlichen Visionen konkrete Konturen und Gestaltungsrahmen geben, sind in eine Plausibilitätskrise geraten.

Die Alternative „Sozialismus“, die in praxi keine war, wirkte doch als solche und brachte neben der wissenschaftlich-technischen, politischen und ideologischen, militärischen und ökonomischen auch eine Konkurrenz bei der Gewährung sozialer Rechte unter Beibehaltung des Wertes „freiheitlicher Demokratie“. Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums hat sich als ein klassischer Pyrrhussieg erwiesen, weil nicht eine befriedete „neue Weltordnung“ das Ergebnis ist, sondern lokale wie globale Instabilität mit bedrohlichen Unbekannten. Es ist grotesk: Der Zusammenbruch einer „Utopie“, die keine war, hinterläßt bei den Siegern eine Leere. Die westlichen Gesellschaften sind sich ihres *Wofür* und ihres *Wogegen* nicht mehr sicher. Der Zerfall des Ostens fängt an, den Zerfall des Westens nach sich zu ziehen. Die westliche Integration scheint nicht unwesentlich durch den Wettkampf mit dem Osten bedingt gewesen zu sein.

Das Menetekel Jugoslawien bringt alles durcheinander, was sich international als politisch-moralische Richtlinie herausgebildet hatte. Die individuellen Menschenrechte, zusammen mit der Selbstbestimmung der Völker, kommen nun in einen schroffen Gegensatz zum Recht der Minderheiten. Der Interventionskrieg macht den *Krieg als Mittel der Politik* wieder hoffähig. Dabei bleibt die Eskalationsgefahr beim Eingreifen fremder Truppen in dem Maße außer acht, wie die Situation durch die Greuel eines erbarmungslosen Bürgerkrieges emotionalisiert ist. Indes geht es um ein viel umfassenderes Problem: Die kollektive Verdrängung, daß unser Zivilisationsweg in eine Sackgasse geraten ist, führt zur Verdrängung von Wahrheit aus der Politik: Politiker stehen vor Zielkonflikten, in denen sie fast nur noch zwischen falschen Entscheidungen abzuwägen haben und die allenfalls weniger falschen suchen. Weder unser Bewußtsein noch – oder schon gar nicht – unser individuelles oder kollektives Verhalten zeigt sich den von uns selbst verursachten (Welt-)Risiken gewachsen.

IV. Herausforderungen an die Politik

Unsere Demokratie ist durch nichts mehr gefährdet als durch die Gleichgültigkeit ihr gegenüber, die nicht zuletzt wegen des Fehlverhaltens vieler Politiker in Verachtung – vor allem innerhalb der jüngeren Generation – umschlägt. Eine noch nicht näher bezifferbare Zahl der Deutschen droht damit, „rechts“ zu wählen, emotionsgeladen und erinnerungslos, wohin uns das führte. Wer Demokraten als „Schlaffis“ denunziert, weil sie sich mit der konkreten Ausgestaltung der Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung herumschlagen, ist tendenziell rassistisch. Wenn der demokratische Diskurs über schwierige (Grund-)Fragen der Demokratie durch Abstinenz, Gleichgültigkeit, „Privatisierung des Gemeininteresses“, aus Enttäuschung und Verachtung abgebrochen wird, geht es an den Lebensnerv der Demokratie. Ich fürchte am meisten, daß gerade dies nur wenigen bewußt ist. Sie müßten aufwachen, ehe es zu spät ist.

Die Demokratieabstinenz zu überwinden, wird nicht leicht sein. Folgenden Herausforderungen haben wir uns zu stellen:

1. Es gilt, die Welt aus der Perspektive derer wahrzunehmen, die „unten“ sind, damit sie nicht unten bleiben: Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß die einen immer weniger, die anderen immer mehr „haben“.
2. Demokratie braucht Ziele, und Demokraten müssen mehr für möglich halten als den Status quo: eine Vision. Wenn diese nicht zu einer wie auch immer gearteten Ideologie werden soll, die stets an Wirklichkeitsverlust zugrunde geht, muß sie selbstkritisch hinterfragt werden. Realistisch bleibt die zielorientierte Demokratie, soweit es ihr nicht um das Maximum, sondern – vielleicht – um das Optimum geht: Die eigene Gesellschaft und die Weltgesellschaft etwas gerechter, etwas sozialer und etwas partizipatorischer zu machen, kann das erreichbare Handlungsziel sein, nicht aber, sie total „in Ordnung“ zu bringen.
3. Die Prinzipien des sozialen und demokratischen Rechtsstaates müssen unantastbar bleiben und sind beständig auf die veränderte Wirklichkeit zu beziehen. Grundrechte dürfen nicht an den Zeitgeist, schon gar nicht an Politbarometer oder aktuell aufwallende Volksstimmungen verraten werden.
4. Das Ziel, die Welt zu verändern, und die Notwendigkeit zur Selbstveränderung müssen zusammenfallen. Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ ist der Weg zu

sozialer Gerechtigkeit unter Bedingungen freiheitlicher Demokratie frei.

5. Nachdem die Wissenschaftlich-technische Revolution so viele (auch fragwürdige) Erfolge gebracht hat, muß die Menschheit sich auf „soziale Erfindungen“ konzentrieren. Wenn wir die Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung im Sinne der „Konvivialität“ (Ivan Illich) der Gattung, d. h. im Stoffwechselprozeß mit der Natur so zu leben, daß sie beim Verändern erhalten bleibt, weiter vernachlässigen, werden wir infolge der extensiven Herrschaft unserer Machtmittel weiter an dem Lebensast sägen, auf dem wir sitzen. Die ersten Freigelassenen der Schöpfung werden sonst tragische „Zauberlehrlinge“ sein, weil der Meister weitab ist.
6. Wenn es weiterhin die primäre Frage bleibt, auf *wen* sich Parteien einigen, und die Frage, *worauf* man sich verständigt, sekundär wird, bleibt es bei einer vertikalen Struktur von Politik und der Personalisierung von Sachfragen. Unter diesen Bedingungen werden fortgesetzt „abgehobene“ Politiker produziert, wird die Kommunikation mit der Basis erschwert, werden Politiker auf ein Podest gehoben, als Idole einerseits, frei zum medial-genüßlichen Abschluß andererseits.
7. Demokratie macht Mühe und ist der Mühe wert. Wenn sich immer weniger Bürger dem Konsensfindungsprozeß in demokratischen Institutionen stellen, ist sie akut in Gefahr. Die Gefahr ist noch zu bannen.

Hildegard Hamm-Brücher: Wege in die und Wege aus der Politik(er)verdrossenheit. Von der Zuschauerdemokratie zur demokratischen Bürgergesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 3–6

Die Ursachen und Folgen der „Politik(er)verdrossenheit“ liegen in der vom Bürger alltäglich erlebten Diskrepanz zwischen „Buchstaben und Geist des Grundgesetzes“ einerseits und der „Verfassungswirklichkeit“ andererseits. Auf Grund langjähriger parlamentarischer und politischer Erfahrungen wird vor der Illusion gewarnt, dies sei ein „vorübergehendes Zeitphänomen“, das sich „von allein“ beheben werde: Vielmehr handelt es sich um tiefgreifende „Kreislaufstörungen“ im repräsentativen System unserer Demokratie zwischen der „Staatsgewalt des Volkes“ (Art. 20 GG), der „Mitwirkung der politischen Parteien“ (Art. 21 GG) und dem Selbstverständnis des „Volksvertreters“ (Art. 38.1 GG). Sie könnten zu einer „Akzeptanz-Krise“ der Parteiendemokratie führen, wenn nicht alsbald tiefgreifende Reformen auf den Weg gebracht werden. Dazu sind die verantwortlichen Politiker und Parteien derzeit offenkundig nicht fähig und bereit.

Ein Erneuerungsprozeß ist dringend notwendig: Die Gesellschaft muß von der „Zuschauerdemokratie“ Abschied nehmen und sich als demokratische Bürgergesellschaft zugunsten der überfälligen Veränderungen „einmischen“. Erste Ansätze und Aktivitäten hierfür werden im Beitrag beschrieben.

Claus Leggewie: Die Kritik der Politischen Klasse und die Bürgergesellschaft. Muß die Bundesrepublik neugegründet werden?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 7–13

Parteienstaat und Bürgergesellschaft sind keine Gegensätze, sie müssen vielmehr zusammenwirken und in eine neue Synthese versetzt werden. Um aus der Malaise der gegenwärtigen Parteien-, Politik- und Demokratieverdrossenheit herauszukommen, müssen sich die Parteien selbst beschränken und öffnen; zugleich muß sich die Bürgerschaft aus ihrer Passivität lösen und zeigen, ob und wie sich aus Vereinen, ehrenamtlichen Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfen, Berufsvereinigungen, Teams und ethnischen Gemeinschaften „überschüssige“, protopolitische Qualitäten für den fälligen Neugründungsprozeß der „Berliner Republik“ entwickeln können.

Warnfried Dettling: Parteien im eigenen Saft? Von der Krise zur Reform

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 14–18

Das Essay beschreibt den selbstreflexiven, autistischen Charakter der politischen Parteien („Parteien im eigenen Saft“) in der Bundesrepublik Deutschland als eine der zentralen Ursachen für ihre Krise. Der Autor fragt nach Möglichkeiten und schlägt Wege vor, wie sich die Parteien wieder stärker in die politische und soziale Umwelt hinein öffnen könnten. Dazu gehört nicht zuletzt ihre Fähigkeit, auch die neuen Themen und Konflikte in entscheidbare Alternativen zu bündeln. Falls dies nicht (mehr) gelingt, stellt sich nicht nur die Frage nach der Zukunft der jetzigen Parteien, sondern auch der bisherigen Parteien- und Wettbewerbsdemokratie.

Wolfgang Thierse: Politik- und Parteienverdrossenheit: Modeworte behindern berechtigte Kritik. Zur Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 19–25

Eine wirkliche und umfassende „Politikverdrossenheit“ gibt es nicht. Der Begriff ist inzwischen zu einem medialen Mülleimer degeneriert, in den alles gepackt wird, was auch nur entfernt an Kritik, Unzufriedenheit, Ängste, Unbehagen oder auch an antipolitische Vorurteile erinnert.

Wir leben in einer Zeit der Paradigmenwechsel, die eine Vielzahl von Unsicherheiten produzieren. Die Bürger erkennen die alltäglichen Veränderungen und fragen sich besorgt, wann die Politik endlich darauf reagieren wird. Sie wenden sich nicht von der Politik oder den Parteien schlechthin ab, sondern empfinden, daß in viel zu großem Ausmaß auf eine veränderte Realität mit alten Verfahren und Rezepturen geantwortet wird und die rhetorische Omnipotenz der Politiker der Wirklichkeit nicht standhält. Sie verlieren deshalb die Lust, zwischen den Parteien zu unterscheiden.

Politische Entscheidungen müssen wieder sehr viel mehr Richtungs- und Werteentscheidungen werden. Nur dann können die Parteien in der Kontroverse wieder Ideale anbieten, für die Engagement lohnend erscheint. Die Bürger müssen stärker in die politische Willensbildung – auch zwischen den Wahlen – einbezogen werden. Den Sorgen derjenigen, die befürchten, daß Veränderung vielfach Verschlechterung bedeuten kann und wird, muß durch ein neues gesellschaftspolitisches Reformprogramm begegnet werden.

Christoph Böhr: An der Schwelle zu einer neuen Epoche. Die Vision der Verantwortungsgesellschaft. Orientierung auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und Europas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 26–32

Erst allmählich werden uns die Folgen des Jahres 1989 bewußt. Europa steht an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Die Revolution, die 1989 begann, ist noch längst nicht abgeschlossen.

Seit Beginn der Revolution ist das Schicksal unseres Landes auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa verwoben. Eine tatkräftige Hilfe für unsere östlichen Nachbarn liegt im originären Interesse Westeuropas, vor allem der Bundesrepublik Deutschland.

Die Herausforderung des europäischen Umbruchs ist jedoch nicht nur eine finanzielle und materielle, sondern auch eine geistige: In einer Zeit, in der alles im Fluß zu sein scheint, suchen West- und Osteuropäer gleichermaßen nach neuer Orientierung. In beiden Teilen Europas stehen die Menschen fassungslos vor der neuen Freiheit. Die Herausforderung, wieder zu lernen, was es heißt, in Freiheit und Verantwortung zu leben, stellt sich hier wie dort.

Die Revolution, die 1989 begann, hat die Freiheit nach Europa zurückkehren lassen und eine Erneuerung des politischen Denkens in beiden Teilen des Kontinents notwendig gemacht. Denn Westeuropa ist längst in den revolutionären Prozeß einbezogen. Gemeinsam müssen West-, Mittel- und Osteuropäer zu den Prinzipien einer Verantwortungsgesellschaft zurückfinden und ein Verständnis von Freiheit entwickeln, das dem persönlichen Leben der Menschen Sinn und Orientierung gibt. Hier setzt die Vision der Verantwortungsgesellschaft ein. Sie weist den Weg zur Bewältigung der ökonomischen und moralischen Folgen des europäischen Umbruchs.

Friedrich Schorlemmer: Die Krise der Politik als Krise des Menschen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/93, S. 33–38

Neben der überall zu beobachtenden Politikverdrossenheit, dem Zerbröseln der Institutionen und der (Selbst-)Demontage der politisch handelnden Personen liegt ein bewußter oder unbewußter Grund für die Abstinenz einer großen Mehrheit von Bürgern gegenüber Politik darin, daß sie glauben, die Probleme würden allmählich so groß und so komplex, daß sie nicht mehr lösbar seien.

Das „Projekt Aufklärung“, das in der Politik des „Neuen Denkens“ der achtziger Jahre ansatzweise Gestalt gewann und schließlich zu einer Auflösung der Ost-West-Konfrontation beitrug, hat uns national und international in eine Krise gestürzt, weil es eine institutionell abgesicherte, politische, mentale und psychosoziale Konzeption für „die Zeit danach“ nicht gab. Die auf eine „solidarische Überlebensvernunft“ abzielende Weltgesellschaft ist ferner als in der Zeit der Ost-West-Blockrivalität.

Es ist nicht eo ipso eine konservative Schimäre, wenn man den fortschreitenden Verlust verbindlicher und verbindender Werte beklagt. Keine noch so gute Gesetzgebung und keine noch so gut funktionierende Verwaltung kann ersetzen, was an Wertbildung und einer ihr entsprechenden Verhaltensdisposition im einzelnen und im Klima der gesellschaftlichen Beziehungen Gestalt findet. Wird die Schere zu groß, muß die Gesellschaft in sich labil werden. Die wertevermittelnden und -gestaltenden Institutionen, die normalerweise den gesellschaftlichen Visionen konkrete Konturen und Gestaltungsrahmen geben, sind in eine Plausibilitätskrise geraten.

Wenn der demokratische Diskurs über schwierige (Grund-)Fragen der Demokratie durch Abstinenz, Gleichgültigkeit, „Privatisierung des Gemeininteresses“, aus Enttäuschung und Verachtung abgebrochen wird, geht es an den Lebensnerv der Demokratie. Wenn es weiterhin die primäre Frage bleibt, auf *wen* sich Parteien einigen, und die Frage, *worauf* man sich verständigt, sekundär wird, bleibt es bei einer vertikalen Struktur von Politik und der Personalisierung von Sachfragen. Wenn sich immer weniger Bürger dem Konsensfindungsprozeß in demokratischen Institutionen stellen, ist sie akut in Gefahr. Die Gefahr ist noch zu bannen.